

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis per Nummer 10 Pf.
Wochensatz 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
jährlich 12.00 Mk. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechszeilige Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf.
für politische und gesellschaftliche
Berichte und Besprechungen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Pommernbank-Prozess.

Das juristische Schaustück in Moabit hat heute nach fast über drei Monate sich erstreckenden, in letzter Zeit vielfach recht rührseligen Verhandlungen ein vorläufiges Ende gefunden, das nicht nur zu Beginn des Prozesses, am 2. Mai, sondern selbst noch vor wenigen Tagen wohl niemand für möglich gehalten hat.

Das bedeutet nichts anderes als eine Waffenstreckung der Justiz, die, nachdem sie schon bei den früheren Bankprozessen nicht gerade ruhmvoll abgeschnitten hat, im Vollbewußtsein durch dieses neue Zeugnis ihres Versagens gegenüber den aus dem modernen Wirtschaftsgebiete sich ergebenden verzwickten Rechtsfragen kaum an Ansehen gewinnen dürfte.

Der Begriff dessen, was Rechts ist, ist wieder mal strittig geworden. Schon bei dem Sanden-Prozess im vorigen Jahre wiesen wir auf diesen Widerspruch hin und hoben hervor, wie wenig Sicherheit die Beobachtung der sog. Usancen für die Solidität bietet.

Der beendete Pommernbank-Prozess liefert für diese Auffassung eine noch weit beweiskräftigere Bestätigung. Damals konnten den Sanden und Genossen immerhin verschiedenartige direkt schwindelhafte Schiebungen und grübelige Buchfälschungen, Einziehung fiktiver Conten und willkürliche Forderungsreduktionen zum Zweck der Bilanzverschönerung, sowie eine Reihe direkter Verletzungen der preussischen Normativbestimmungen für Hypothekendarlehen nachgewiesen werden.

kaum die Rede sein. Die Bücher sind in guter Ordnung befunden, und wenn auch verschiedene eigenartige Bilanzierungskünste, wie z. B. die Kompensierung mancher Posten in den Bilanzen derart, daß statt der betreffenden Aktiven und Passiven nur die Differenzen und Salden eingestellt worden sind, sicherlich keinen andern Zweck haben, als den der Bilanztäuschung, so bilden sie doch keine Spezialität der früheren Pommernbank, sondern werden vielfach befolgt, wo es gilt, die Verluste einzelner Geschäfte vor den Blicken des interessierten Publikums zu verdecken, ohne daß man direkt zu unrichtigen Buchungen greifen möchte.

Recht ist auch nicht an verschiedenen geschäftlich höchst bedeutenden, teilweise statutenwidrigen Wandern, wie z. B. an der Verleihung ganz ertragloser Grundstücke, der Annahme eigener Aktien als Untersand für Darlehen, die den Wert der betreffenden Aktien übersteigen, der Fingierung eines Verkaufs von nominal 8 164 000 M. Pommernaktien an die völlig mittellose Firma Schumacher u. Co. und ihre Lombardierung auf dem Umwege über die Immobilien-Verkehrsbank bei der Streifbank gegen 11 Millionen Mark, so haben Schulz und Romeid doch im allgemeinen weniger direkt gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen, als sich durch schlaue Benutzung der mannigfachen Hinterthüren und Kniffe auf Umwegen dem Zwange und der geschäftlichen Beschränkung entzogen, die vom Gesetz erstrebt wird.

Daß die Verteilung die erstgenannte Auffassung vertrat, ist selbstverständlich. Nach der Beschlußverfälligkeit des Gerichtshofes scheint aber auch dieser sich im wesentlichen auf den gleichen Standpunkt gestellt zu haben.

Es kann hier nicht im einzelnen dargelegt werden, wie die sich stetig komplizierenden wirtschaftlichen Beziehungen über ihre rechtliche Regelung hinauswachsen. Es kann hier aus der Fülle der vielen strittigen Fragen, um die sich die Verhandlungen drehten, eine der hauptsächlichsten herausgegriffen werden, die auch in der Beschlußverfälligkeit die Hauptrolle spielt: die Frage der Taxationen. Unter den Verhältnissen, für die sie ursprünglich bestimmt war, hatte die Bestimmung des Hypothekendarlehensgesetzes, das nur für jene Hypotheken, die unter drei Fünfteln des Tagwertes eines Grundstückes bleiben, Pfandbriefe ausgegeben werden dürfen, einen tatsächlichen Zweck. Die Bestimmung legt ein gewisses Gleichbleiben, ein nur langsames Steigen oder Fallen der Grundstückpreise voraus, wie es heute noch auf dem Lande, in Klein- und Mittelstädten meist die Regel ist.

Dabei ist es ziemlich gleichgültig, nach welcher Schätzungsmethode verfahren wird, ob der Verkaufswert, d. h. der Wert, zu welchem das Grundstück leicht wieder zu verkaufen ist, oder der sogenannte Ausnutzungswert, d. h. der Wert, der sich durch Bebauung unter Berücksichtigung der üblichen Kaufpreise und Mietserträge erzielen läßt, der Tage zu Grunde gelegt wird. Sowohl bei Befolgung der einen als der andern Methode können sich innerhalb kurzer Zeit Wertrückgänge ergeben, die den Preis unter drei Fünftel des früheren Tagwertes hinabgleiten lassen.

Demnach, trotz der anzuerkennenden Schwierigkeit, die Fälle der wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihren unaußersichlichen Veränderungen unter bestimmten Rechtsnormen zu fassen, bleibt das Verlangen der Justiz vor den aus dem modernen Wirtschaftsleben

sich ergebenden Anforderungen vom sozialen Standpunkt aus eine bedauerliche Schwäche. Gar leicht kann daraus von findigen Kapitalisten die Folgerung gezogen werden, daß alles erlaubt ist, wenn nur die formalen Bestimmungen respektiert werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juli.

Türkisch-Schlesien.

Für das überflutete Schlesien hat Preußen kein Geld, aber Minister Herr v. Hammerstein hat dem Ueberflutungsgebiete eine Kondolenz-Grundsteuer abgestattet, und bürgerliche Berichterstatter wußten begeistert davon zu erzählen, wie wader der Herr Minister mit seinem feinen Schutzwort durch Schlam und Gerölle trabte. Auf einen etwas trockeneren Ton ist die amtliche „Verl. Korrespondenz“ gestimmt, die soeben einen Epilog zur schlesischen Ministerfahrt veröffentlicht. Zunächst stellt sie die Größe des Elementarschadens mit folgenden Worten fest:

Ueber die Provinz Schlesien, die den Verheerungen durch Hochwasser stets besonders ausgehört gewesen ist, hat die neueste Katastrophe dieser Art ein Unheil gebracht, wie es in gleichem Umfange seit einem halben Jahrhundert nicht zu verzeichnen gewesen ist. Der angerichtete Schaden ist in allen Teilen des schlesischen Hochwassergebietes sehr erheblich, wenn auch naturgemäß verschieden in der Art, je nachdem es sich um Verwüstungen durch angeschwollene Gebirgsbäche oder um solche durch Ausuferungen der Oder, der großen Verkehrsader Schlesiens, handelt. Während durch die in Wild- und Sturzbäche umgewandelten Gebirgsflüsse Zerstörungen an Gebäuden, Brücken, Wegen und Obdachlosigkeit zahlreicher Bewohner in besonders großem Umfange herbeigeführt wurden, ist in dem Ueberflutungsgebiete der Oder der Bruch der Deiche an zahllosen Stellen, die Ueberflutung weiter, bebauter Flächen und ein enormer Ernteverlust zu verzeichnen. Aber nicht nur der Verlust der diesjährigen Ernte kommt in Frage, sondern in zahlreichen Fällen auch die Hünwegschwemmung oder die Zerstörung der Ackertrume durch Verschlammung und Verschotterung des Bodens, die zugleich mit der durch Ueberflutung hervorgerufenen Feuchtigkeit der menschlichen Wohnstätten eine drohende Gefahr für die Gesundheitsverhältnisse der Bewohner bildet.

Was hat der Staat in dieser Zeit der Not getan? Er hat Herrn v. Hammerstein nach Schlesien geschickt, um das hohe Interesse der Staatsregierung an der Jnangriffnahme einer umfassenden Hilfsaktion an den Tag zu legen, sodann aber, um die Staatsregierung auch durch eigene Anschauung eines ihrer Glieder über Art und Umfang des Schadens zu unterrichten.

Aber da man sich an Ministern nur leicht fassen, nicht aber satt essen kann, hat Herr v. Hammerstein mit den örtlichen Instanzen fogar — man höre und staune! — Maßregeln beschlossen. Die amtliche Korrespondenz fährt fort:

Zunächst handelt es sich um die Linderung der augenblicklich drängenden Not. Dazu wird hauptsächlich das Ergebnis der mit Energie und in weitem Umfange ausgenutzten Sammlungen, die großer Opferfreudigkeit begegnen und an denen sich alle Kreise nicht nur Schlesiens, sondern voraussichtlich ganz Preußens und Deutschlands beteiligen werden, ebenso genügen zu zur Bestreitung der unmittelbaren Kosten der Anfräumung und der Desinfektion. Die letztere namentlich ist von weitestgehender Bedeutung, da erfahrungsgemäß das Auftreten epidemischer Krankheiten, namentlich der Ausbruch von Typhus-epidemien, als Folgeerscheinung derartiger Wasserkatastrophen zu den häufig beobachteten Erscheinungen gehört.

Mit lieblicher Objektivität stellt die preussische Staatsregierung die Schlesier vor die Aussicht einer neuen Typhusepidemie; aber ordentlich warm wird sie in der Hoffnung, daß alle Kosten, einschließlich jener der Desinfektion, von Privatwohlthätern bestreiten werden könnten. Ob sie selbst etwas zur Verhinderung der Typhus-epidemie thun solle, darüber will sich die Regierung nach Einhaltung des Instanzenweges entscheiden. Bis dahin wird man ja auch sehen, wieviel die Wohlthätigkeitsfeste getragen haben:

Erst nach Eingang der Berichte, die mit äußerster Genauigkeit und Beschleunigung erstattet werden sollen, wird für die Staatsregierung die Möglichkeit gegeben sein, zu der Frage der Staats- und Kommunalhilfe in der schweren Bedrängnis einer blühenden Provinz definitiv Stellung zu nehmen.

Die Frage, wozu Herr v. Hammerstein seine kostspielige Dienstreise unternommen hat, wenn er jetzt erst recht die Berichte abwarten muß, ist wohl zu respektlos, um getragt werden zu dürfen.

Schließlich sollen „umfassende Maßregeln erwogen werden, durch welche einer Wiederholung ähnlicher Katastrophen nach Möglichkeit vorgebeugt werden kann.“ „Naturgemäß“ könnte ein lädenloses Programm für diese vorbeugende Aktion im gegenwärtigen Augenblick nicht aufgestellt werden. Daß hier in erster Linie möglichst ausgedehnte und gründliche Flußregulierungen und die Schaffung eines den Fortschritten der modernen Wasserbautechnik entsprechenden Eindeichungssystems in Frage kommen, versteht sich aber von selbst.

Der gängliche Mangel aller staatlichen Vorbereitungen ist nicht so naturgemäß, wie die hohe Staatsregierung glauben machen möchte. „Naturgemäß“ ist es vielmehr, daß Wildbäche, die alle paar Jahre fürchtbare Verheerungen anrichten, sich weder durch offizielle Kuffage noch durch Ministerreisen, sondern nur durch umfassende Bauarbeiten zur Raision bringen lassen, und ihr Treiben so lange fortsetzen, bis ein „lädenloses Programm“ der „vorbeugenden Aktion“ nicht nur aufgestellt, sondern auch durchgeführt ist.

Einstweilen haben die leitenden Staatsbeamten der Provinz Schlesien einen neuen Bittel-Aufruf erlassen, der eine wahrhaft erschütternde Sprache spricht:

Der erste Aufruf des vorläufigen Ausschusses hat einen erfreulichen Anfang ergeben. In einer Woche sind rund

140 000 M für die Ueberschwemmten spendet. Inzwischen ist ein harteres Bild des Schadenumfanges entrollt. Beteiligt sind im Regierungsbezirk Oppeln besonders die Kreise Reiche, Neustadt, Leobschütz, Ratibor, Kofel, Oppeln, Pleß und Groß-Strehlitz. In den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz ist der Umfang des Schadengebietes erst nach Abfluß des Hochwassers feststellbar. Die Hochflut hat eine grenzenlose Verwüstung hinterlassen. Sämtliche Wehre und Weiden sind zerstört, Wege und Straßen unpassierbar gemacht. Etwa 150 Gebäude, darunter die große massive Kirche in Arnoldsdorf, sind eingestürzt. Der Schaden beläuft sich auf Millionen! Für Abwehr der ersten Not sind die bedauerndsten, schwer heimgeführten Bewohner untrer Provinz auf die werthvolle Hilfe aller Schlesier, ja aller Deutschen im In- und Auslande angewiesen. Es handelt sich darum, die Dämme und Nahrungsstellen zu versorgen, die zerstörten Häuser wieder aufzubauen, Notbrücken, Notwege, Notwehre zu schaffen, um landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeit wieder beginnen zu können, die Acker zu reinigen und wieder zu bestellen, die verfallenen Brunnen und Wasserleitungen brauchbar zu machen, um Typhus und andre drohende Folge-Erkrankungen der Wassersnot abzuwenden. Kurz, es handelt sich darum, mindestens 20 000 Schlesier dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und der Verzweiflung zu entreißen, sie wieder Mut und Vertrauen gewinnen zu lassen in Gottes und treuer Mitmenschen Hilfe. Als es galt, den Hunnenzug gegen China zu unternehmen, floßen ohne alle lästigen verfassungsmäßigen Formalitäten Hunderte von Millionen aus der Reichskasse. Wenn es gilt, 20 000 Schlesier „der Verzweiflung zu entreißen“, hat der preussische Staat auch nicht einen abgerissenen Hosenknopf. Alles für Rache und Vergeltung, für die Pflicht der Hilfsbereitschaft — nichts!

Die Haltung der preussischen Regierung gegenüber der schlesischen Katastrophe ist ein erschütterndes Bild aus dem Leben eines christlichen Staates, ein wahrhaftiger europäischer Skandal. —

Der ober-schlesische Krawall.

Der Amtsvorstand in Laurahütte fordert auf Grund des Preßgesetzes die Verächtlichmachung einiger Artikel in Nr. 144 des „Vorwärts“ über die Vorgänge in Laurahütte. Obgleich wir preßgesetzlich zum Abdruck des Eingeklandeten in der vorliegenden Form nicht verpflichtet sind, geben wir dasselbe hier wieder und fügen die von uns erhaltenen Bemerkungen untrer ober-schlesischen Berichterstatter hinzu.

Der Amtsvorstand schreibt:

Es ist nicht wahr, daß die vor dem Ludwigschen Lokale befindliche Menschenmenge vor den Gewarden sofort mit blanker Waffe angegriffen wurde und noch viel weniger wahr ist, daß die Feuerwehre mit ihren Weilen auf die Leute eingehauen hat. Die Menge wurde von mir als Verwalter der Ortspolizei unter Darlegung der Folgen des Ungehorsams wiederholt in Güte zum Auseinandergehen aufgefordert, dachte jedoch gar nicht daran, Folge zu leisten, sondern bewarf den Unterzeichneten und die Exekutivbeamten derart mit Steinen, daß sämtliche Beteiligten mehr oder weniger erhebliche Verletzungen davon trugen. Die Feuerwehre hat nur etwa eine Minute lang gespritzt und griff mit dem Spritzen erst ein, nachdem der Tumult und die Straßenverengung etwa schon eine Stunde bestanden hatte und weil die Beamten eben nicht gleich mit blanker Waffe vorgehen wollten. Die Säbel wurden auf der Straße vor dem Ludwigschen Gasthause erst dann gezogen, als die Beamten von der Menge, nachdem sie einen Arrestanten mit Gewalt befreit hatte, gar zu arg bedrängt und mit Steinen beworfen wurden.

Anlangend den Inhalt Ihres Artikels teile ich Ihnen mit, daß der Bericht, 20 Jahre alte Schmied Trafalegyl, eine Familie überhaupt nicht hat.

Unser Berichterstatter führt dazu aus:

Nach den übereinstimmenden Erzählungen zahlreicher Arbeiter, welche an der Veranstaltung teilgenommen haben, steht unumstößlich fest, daß den Exzessen unmittelbar vor dem Lokale Handlungen der Beamten vorangingen, welche die erregte Menge zur Siedehitze brachten.

Zunächst ist eine amtliche Aufflösung der Versammlung durch den Beamten von den allermeisten Besuchern gar nicht vernommen worden. Selbst Leute, die vorne an der Tribüne standen, haben — wie sie erzählen — in dem tosenden Lärm nichts davon gehört.

Vor dem Saal standen viel mehr Leute, als drin waren. Sie drängten alle in der Richtung zu und vor den Saaleingängen. Es war sehr schwer, durch die Menge durchzukommen. Im Saal selbst war dies noch schwieriger, und für diejenigen, welche vorne oder inmitten des Saales, fast unmöglich. Die Gewarden notierten schon im Saale zahlreiche Personen auf, was ungemein erbitternd wirkte. Unmöglich ging die Leute hinaus. Die Beamten gingen vor dem Saale auf und ab und trieben die Leute auseinander. Die Leute gingen auf und ab, ohne irgend welche Gewaltthätigkeit zu begehen. Zahlreiche Arbeiter haben mir erzählt, daß sie schon da die Polizeisäbel in der Luft haben schwirren sehen.

Und nun die Hauptsache: Ehe irgend welche Gewaltthätigkeit geschah, wurde zum ersten und zweitemal auf Verbeizung der Feuerwehre gebahnt.

Ein interessanter Umstand ist hierbei zu erwähnen! Schon gegen 8 $\frac{1}{2}$ oder 9 $\frac{1}{2}$ Uhr abends, als ein großer Teil der Leute noch nicht aus dem Saal heraus war und zur Herbeizung der Feuerwehre noch nicht gelassen war, sagte ein Vorgesetzter der Fabrik-Feuerwehre zu einem Arbeiter, daß „er sich fertig machen solle, um mit der Spritze wegzufahren“. Er fügte hinzu, daß er mehr Leute schäden werde.

In Laurahütte besteht eine freiwillige Feuerwehre. Die Arbeiter werden zum größten Teil von Amts wegen für eine bestimmte Zeit — unter Strafandrohung — verpflichtet, beim Ausbruch eines Feuers sowie bei den allgemeinen Übungen und Spritzenproben nach erfolgtem Alarm sofort auf der Brandstelle bezw. dem Übungsplatz zu erscheinen.

Ich sah — erzählt mir ein Arbeiter —, daß die Leute schon auseinandergingen. Als gelassen wurde, rannten Leute aus allen Teilen des Dorfes an die vermutete „Brandstelle“. Es kamen viel mehr Leute zu dem Ludwigschen Lokale, als dort vor und in dem Saale standen.

Eine Woche vor dem Krawalltage war in der Hünnerschen Fabrik in der Nähe des Ludwigschen Lokales Großfeuer.

Es wurde also zuerst gelassen, als noch ein großer Teil der Leute im Saal war.

Nachdem gelassen wurde und die Menge hierdurch außerordentlich erbittert und erhitet war, geschah die Verhaftung des Arbeiters. Die Verhaftung wirkte noch erbitternder. Der Verhaftete wurde nach den Erzählungen zahlreicher Augenzeugen von zwei Beamten unter dem Arme geführt; eine Anzahl von Beamten umgaben ihn mit gezückten Säbeln, über die Köpfe emporgelassenen Säbeln. Gleichzeitlich mit dem Augenblick, in dem der Verhaftete den Beamten von der aufgeregten Menge entrissen wurde, kamen auch schon die Feuerproben von zwei Seiten an.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Menge schon die anstehenden Spritzen gesehen hat, als sie zur Befreiung des Gefangenen schritt. Die Spritze hat die Arbeiter etwa 4 Minuten mit Wasser begossen. Diese Prozedur wurde keineswegs freiwillig aufgegeben, sondern erst dann, als die Spritze zerstört und von der Menge an sich gerissen wurde.

Demnach steht zweifellos fest, daß die erste Gewaltthätigkeit von der Menge begangen wurde nach der Verhaftung und nachdem die Feuerproben durch Alarm geblasen worden, das von den Arbeitern, die vor dem Lokale standen, gehört wurde und sie zur Erregung gebracht hat.

Zahlreiche Arbeiter behaupten nach wie vor, daß die Säbel gezogen wurden, ehe auch die mindeste Gewaltthätigkeit geschah. Und nur ermisse jeder selbst, wer an dem namenlosen Unglück Schuld trägt!

Für die Auffassung des berichtenden Herrn Amtsvorstehers ist noch der Satz charakteristisch, den er am Schluß einer anderen Verächtlichmachung über den toten, erschossenen Unglücklichen gesagt hat und der lautet:

„Soweit hier bekannt, weinen dem Erschossenen seine eigenen Angehörigen keine Thräne nach, da er sich bei Lebzeiten durchaus als roher und gewaltthätiger Mensch betragen, der vor Mißhandlungen seiner eigenen Eltern nicht zurückschreckte.“

Sehr gemüthlich!

Nach den Berichten der bürgerlichen Blätter werden etwa 120 Arbeiter angeklagt werden. Kontrollierbar ist die Nachricht noch nicht. Verhaftungen werden noch täglich vorgenommen. —

Wie überaus schneidig man in Laurahütte vorgeht, dafür bietet auch die Thatsache einen besonderen Beweis, daß man selbst vor Eingriffen in das ärztliche Berufsgeheimnis nicht zurückschreckt.

Von den in Laurahütte Verwundeten wurden einige zu dem praktischen Arzte Stedlitz gebracht, welcher ihnen die nötigen Verbände anlegte. Tags darauf erschien in der Wohnung des Arztes der Grenzkommissar in Begleitung eines Beamten und dreier Polizisten und forderte von ihm die Herausgabe seiner ärztlichen Journale. Er legte ihm ein von dem Untersuchungsrichter unterzeichnetes Schriftstück vor, in dem die Beschlagnahme der ärztlichen Journale angeordnet wurde mit der Begründung, daß anzunehmen sei, daß ein Teil der bei dem Waffengewalt beteiligten Personen sich in die Behandlung des Dr. S. begeben hätte in der Hoffnung, daß er am sichersten das Berufsgeheimnis wahren dürfte.

Trotz des energischen Protestes des Dr. S., der auf das ihn bindende Berufsgeheimnis hinwies, welches ihm nicht gestatte, seine Journale irgend jemand zu zeigen, wurde ihm nicht nur sein Krankenjournal beschlagnahmt, sondern auch andre Bücher und Briefschaften sowohl auf dem Schreibtische als auch in den Schubladen durchsucht. In dem beschlagnahmten Journal hatte Dr. S. die Namen, Adressen, sowie die Beschreibung der Verletzungen von zwei Tagen zuvor zu ihm gebrachten, bei dem Krawall Verletzten aufgezeichnet. Diese beiden durch das Journal ermittelten Personen wurden am folgenden Tage verhaftet, während das Krankenbuch dem Dr. S. erst auf Antrag des Rechtsanwalts nach drei Tagen zurückgegeben wurde.

Auch abgesehen vom juristischen Standpunkte ist ein solches Verfahren der Behörde vom rein menschlichen Gesichtspunkt aus betrachtet als höchst besorgniserregend und die ärztliche Standesehre herabwürdigend zu bezeichnen. Wird doch so der Arzt, dem sich die Schwerverletzten zur Behandlung ihrer Wunden anvertrauen, durch die Behörde gezwungen, zum Denunzianten und Verräter seiner Patienten zu werden. —

Deutsches Reich.

Richard Köfide †.

Ein schneller Tod raffte am Dienstagabend den Reichstags-Abgeordneten und Generaldirektor der Schultheiß-Brauerei Richard Köfide hinweg. Seit einigen Tagen kränkelte er und heute abend 7 $\frac{1}{4}$ Uhr setzte ein Schlaganfall seinem Leben ein Ende.

Richard Köfide ist ein Berliner Kind. 1845 geboren, besuchte er das französische Gymnasium. Er ging dann in die kaufmännische Lehre und trat 1864 in die Leitung der seinem Vater gehörigen Schultheiß-Brauerei. Von 1879—1886 war er preussischer Handelsrichter, 1886—1893 stellvertretendes Mitglied des Reichs-Verfassungsamtes, 1890—1898 Vorsitzender des Verbandes der deutschen Berufsvereinigungen. Er verfasste mehrere sozialpolitische Schriften, trat wiederholt in Zeitungsartikeln in die Deffentlichkeit, war hervorragendes Mitglied vieler sozialpolitischer Kongresse und seit 1890 Mitglied des Reichstages als Vertreter des Wahlkreises Dessau-Zerbst. Er blieb lange Zeit fraktionslos als Willkürlicher, in neuerer Zeit schloß er sich der freisinnigen Vereinigung an.

Mit Köfide scheidet ein sozialpolitisch bedeutender und hoher Achtung würdiger Mann. Richard Köfide bedeutete im Reichstage während der letzten Session eine eigne und interessante Note. Er, der wohlhabende Mann und große Unternehmer, war der Sozialpolitiker unter den Unternehmern und gegen die Unternehmer. Er war ein guter Kenner der sozialpolitischen Gesetzgebung und setzte seine Kraft ein, die deutsche Sozialpolitik gegen mächtige Widerstände einigermassen in Bewegung zu halten.

So wurde er einer der Vorgesetzten des Scharfmachertums und des Feudalkapitalismus. Freier b. Stumm verfolgte einst mit ingrimmiger Wut den Mann, der, auch ein großer Kapitalist, doch im Namen des Rechts gegen alle Ausnahmegeetze und alle Verdrückungsbestrebungen sich erhob und oft zu seinem Teil Erhebliches dazu beitrug, daß reaktionäre Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse gemildert und bereinigt wurden.

Richard Köfide knüpfte gern an die kaiserlichen Erlasse von 1890 an und suchte ihren Wortlaut aufs äußerste zu nutzen für die Verbesserung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Er stand ganz innerhalb der Gedankenwelt des kapitalistischen Systems, aber alles, was unter diesem System den Arbeitern gegeben werden kann, dafür trat er ein. So sehr die sozialdemokratische Partei auch selbst auf diesem beschränkten Gebiete gegen ihn das Wort erheben mußte, weil er oft, um nur etwas zu erreichen, den Begnern allzu weit entgegenkam und dadurch Besseres verschmerzen half, so steht doch über allem Zweifel sein ehrliches und tapferes Eintreten für die Ausgestaltung der Versicherungs-Gesetzgebung, für die Sicherung des Koalitionsrechtes, für die formale Gleichberechtigung der Arbeiterklasse.

Richard Köfide erwies sich auch in rein menschlichen Dingen als vorurteilsfreier und edler Charakter. Er zählte zu den Wenigen aus den bürgerlichen Parteien, die unirem Liebste das letzte Geleite gaben. Da er nun selbst aus der Reihe der Lebendigen gerissen, wahren auch wir, seine politischen Gegner, dem tüchtigen Manne ein dauernd ehrendes Angedenken.

Durch den Tod Köfides wird schon kurz nach den allgemeinen Reichstagswahlen im Wahlkreise Dessau-Zerbst eine Neuwahl erforderlich. Am 16. Juni d. J. erhielt Köfide 11 418 Stimmen, der nationalliberale Kandidat 5704 Stimmen, unser Parteigenosse Käppler 12 298 Stimmen. In der Stichwahl siegte Köfide mit 16 211 gegen 12 019 sozialdemokratische Stimmen.

Mit Rücksichten und Brutalitäten gegen die eignen Parteigenossen behandelt die „Freisinnige Zeitung“ den Vorschlag der „Berliner Zeitung“ zu den Landtagswahlen. Sie sagt:

„Die „Berliner Zeitung“ hatte sich bemüht, gegen die Sozialdemokratie von den neun Berliner Landtags-Mandaten der freisinnigen Volkspartei drei anzubieten als Preis für die Unterstützung freisinniger Wahlmänner in allen übrigen Landtags-Wahlkreisen des Staates. Der „Vorwärts“ erblickt in diesem, sehr kompromittierenden Vorschlag, ein demütigendwertes Geständnis freisinniger Ohnmacht.“ — Das wäre allerdings der Fall, wenn die „Berliner Ztg.“ irgendwie legitimiert wäre, über Landtags-Mandate einen Handel mit andren Parteien einzuleiten. Ueber die Berliner Landtags-Mandate verfügen die seiner Zeit zu wählenden Wahlmänner. Aufgabe der freisinnigen Volkspartei kann es nur sein, wie wir schon wiederholt dargelegt haben, alle Kraft daran zu setzen, eine möglichst große Mehrheit freisinniger Wahlmänner in den vier Berliner Landtags-Wahlkreisen zu sichern.

Auch wenn Erörterungen ähnlicher Art sich anderweitig anspinnen sollten über Verhandlungen zwischen freisinniger Volkspartei und Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen, wird

unsre Zeitung sich auf derartige Kannegeherien zur Ausführung der sauren Gurkenzeit nicht einlassen.

Wir haben natürlich nicht ein Geständnis freisinniger Ohnmacht darin festgestellt, daß uns ein Kompromißvorschlag gemacht wurde. Die „Freis. Ztg.“ will es durch ihre nette Fälschung vor ihren Anhängern so darstellen, als ob wir in einem Kompromißvorschlag der freisinnigen Anlag säßen, diese Partei zu verhöhnen. Unire Kennzeichnung freisinniger Ohnmacht bezog sich umgekehrt auf das Geständnis der „Berl. Ztg.“, daß sich nicht viele Liberale finden dürften, die den Ernst des Kampfes gegen die Reaktion durch Erfüllung der gerechten Ansprüche der Sozialdemokratie beweisen würden.

Ein ebenso schönes Geständnis freisinniger Ohnmacht ist es freilich, wenn die Mitglieder der freisinnigen Volkspartei sich die burchlöcheren Zumutungen der „Freis. Ztg.“, wie sie in obiger Kolliz herbertreten, stumm bieten lassen. Nur die Wahlmänner haben zu entscheiden, sagt die „Freis. Ztg.“ ihren Getreuen, darum: Mund halten! Die „Freis. Ztg.“ scheint die Wähler der Wahlmänner nur noch als Stimmvieh einzustufen, die gar nicht das Recht haben, sich die Wahlmänner auf die ihnen erwünschte politische Haltung näher zu betrachten.

Die „Freis. Ztg.“ soll sich überhaupt auf „derartige Kannegeherien“ nicht einlassen! Herr Eugen Richter geht auf die Sommerreise und deutet vor, daß seine Vertreter ja nicht etwas thun dürfen, was ein wenig nach Liberalismus aussieht. —

Gröber als Reichstags-Ketter.

In einer Centrumsversammlung in Strahburg gab Herr Gröber eine neue, wahrhaft überwältigende Rechtfertigung der Centrumsreaktion in den Jolitarikämpfen. Wenn man, so führte er aus, den Obstruktionisten im Reichstage nicht so entschieden entgegengetreten wäre, „dann hätte die Morgenröthe eines absolutistischen Säbelregiments über Deutschland hereindringen können. Durch den Widerstand und die in der Geschäftsordnung vorgenommenen Änderungen sei dem deutschen Volke sein Reichstag erhalten worden.“

Das brave Centrum verweigert den Reichstag, nur um ihn vor Vergewaltigungen zu schützen!

Herr Gröber muß der Schändlichkeit seiner Partei nicht mit Wohlbehagen gedenken, daß er so die Scheulappen schwingt. Warum teilt denn der Centrumsführer aus seinem geheimnisvollen Wissen nicht einiges mit, wann und durch wen die absolutistische Säbelherrschaft drohte? —

Anarchistenpust.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ verbreitet Sensationsnachrichten von einem Attentat, das Anarchisten in Chicago gegen den deutschen Kaiser vorbereitet haben sollen. Der Polizeipräsident von Chicago soll nach Berlin die Nachricht eines Anarchisten-Komplots gefabelt haben. Der dem „Lokal-Anzeiger“ „geistes-“verwandte „New Yorker Herald“ will wissen, daß „vor einigen Wochen vier Anarchisten, zwei Männer und zwei Frauen, nach Schweden gereist seien mit der erklärten Absicht, den deutschen Kaiser während seines Besuches bei König Oskar zu ermorden.“

Also: Die erschrecklichen Anarchisten erklären offen ihre Absichten und die amerikanische Polizei, die diese erklärten Absichten kennt, läßt die Leutchen gemächlich das Schiff bestiegen und nach Europa abdamphen!

Offenbar ist die ganze Nachricht nichts als Sensationschwaq. —

Ein begnadigter Unternehmer. Zu drei Monaten Festung wurde der Kartelfabrikant und Steinsehmeister Schulz auf Lorneg begnadigt. Derselbe war von der Stettiner Strafkammer vor einiger Zeit wegen Vergehens gegen die Unfallverhütungsvorschriften mit drei Monaten Gefängnis bestraft, weil infolge der lässigen Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften in seinem Betriebe ein Arbeiter getötet wurde. Nachdem der Verurteilte alle Instanzen erschöpft hatte, um mit einer billigeren Strafe wegzukommen, das er jedoch nicht erreichen konnte, trifft ihn die Umwandlung der Gefängnisstrafe in Festungshaft. Die Festungshaft verbüßt der Herr in Reichelsmünde. Verdammt muß diese Begnadigung, so sagt mit Recht der Stettiner „Volkshote“, deswegen erregen, weil die Gerichte für eine Wilderung der verhängten Gefängnisstrafe nicht zu haben waren, trotzdem der Verurteilte alle Hebel in Bewegung setzte. Er muß deshalb schon sehr schwer gegen seine sozialen Pflichten als Betriebsunternehmer gefündigt haben. Festgestellt wurde damals, daß ihn zwei seiner Arbeiter beim Kiesgraben in seiner Kiesgrube ausdrücklich aufmerksam machten auf das unvorsichtsmäßige und lebensgefährliche Abgraben des Bodens. Herr Schulz ging damals sehr leicht über die Warnung der Arbeiter hinweg, und die Folge war, daß einer der Arbeiter durch die abfallenden Erdmassen verdrückt und getötet wurde. —

Eine Erweiterung des Gesetzes über den anläuternden Wettbewerb wird, wie die „Eigentz.“ erzählt, im Reichsamt des Innern vorbereitet. Verhandlungen hierüber sind schon seit einiger Zeit im Gange, und da das Material, das in Form von Resolutionen aus interessierten Kreisen ziemlich reichhaltig eingeht, umgeben geprüft und bearbeitet wird, so wird angenommen, daß ein entsprechender Gesetzentwurf in kurzer Frist dem Reichstage vorgelegt werden soll. Es sollen vor allem die Schwundelausverkäufe bekämpft werden. —

Wie man Geld verdient. In der „Zeit“ erzählt Herr Damaschke diesen Vorgang: Der Marinestützbesitzer besah in Wilhelmshaven einen parkähnlichen Garten mit mehreren Gebäuden, den er vor längerer Zeit an den Domänenfiskus abtrat. Dieser verkaufte vor etwa drei Jahren das Gelände an drei Spekulanten für 68 000 M. Kürzlich stellte sich nun heraus, daß der Marinestützbesitzer Erwerbungs der Häfen- und Werftanlagen das Grundstück doch gebraucht. Die jetzigen Besitzer ließen sich denn auch nach langen und schweren Verhandlungen bewegen, das Grundstück für „nur“ 21 000 M. wieder an den Fiskus zu verkaufen. Die drei Herren aber hatten bei diesem Geschäft 163 000 M. „verdient“. Wann wird endlich eine Bodenpolitik sich durchsetzen, die solche „Verdienste“ unmöglich macht?!

Eine organisatorische Einigung wird von den Radikalen angestrebt. Ein Centralkomitee soll den Mittelpunkt bilden für die Vertretung der polnischen Interessen gegenüber den Germanisationsbestrebungen. Die Gründung hat eine scharfe Spitze gegen das Centrum und die Geistlichkeit. So sagt der im Wahlkreise des Herrn v. Valesstrem erscheinende „Glosolst“:

„Die Sache ist wichtig und sehr eilig. Ein Centralkomitee und mit ihm die ganze polnische Nation müßte ein Wort sprechen gegenüber der Politik des „Katholik“, welcher untrer Nationalität sehr schadet, da er mit dem Centrum ging. Sobald unsere Brüder in Schlesien oder Westfalen ein Unrecht geschieht, sei es von der Regierung, sei es vom Centrum, da wird in Abwehr die ganze polnische Vereinigung dassehen. Das Komitee würde im polnischen Volke die Ueberzeugung hervorbringen, daß das ober-schlesische Volk nicht verlassen dasstet im schweren Kampfe für sein Nationalbewußtsein, sondern daß hinter ihm ganz Polen steht. Es wird ein polnischer Gedanke, eine polnische Arbeit und eine polnische Politik sein. Das Komitee wird für uns in Oberschlesien und für unsre Landsleute kräftig in die Hand nehmen die Abwehr gegen die germanisierenden Geisteskräfte. Die Geistlichen bedrücken uns, weil unsre national-polnische Bewegung noch jung ist und bisher auf die eigne Kraft angewiesen war. Wenn wir ein Komitee für ganz Deutschland haben werden, wird die germanisierende Geistlichkeit gezwungen, ihr Benehmen gegen unsre Nationalbewegung zu ändern. Wenn wir das Komitee haben werden, da wird der Breslauer Bischof sich sicher bedenken, ehe er ein Hirtenschreiben herausgibt, durch das er auf das tiefste unser polnisches Gefühl verletzt. Dann wird die Schimpferei auf der Kanzel aufhören.“ —

Partei-führer-Gesuch. Zwischen Angeboten von alten Kleibern und gut erhaltenen Bräuten findet sich im „Berliner Tageblatt“ dieses Inserat:

Jude

in geachteter sozialer Stellung von einer Vereinigung deutsch-nationaler (antisocialdemokratischer) Juden als führende Persönlichkeit gesucht. Meldung unter E. 5 Annoncenbureau, Kleine Frankfurterstraße 24.

Da in der nächsten Zeit vermutlich auch noch einige andre antisocialdemokratische Partei-führerposten frei werden dürften, seien Reflektanten auf den Inseratenteil des „Berliner Tageblatt“ ausdrücklich aufmerksam gemacht. Rösse macht alles. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Oesterreichische Justiz im Dienste der russischen Polizei. Dieser Tage haben zwei russische Sozialisten das Gefängnis von Tarnopol (Galizien) verlassen, wo sie, der eine sechs, der andre vier Monate gefesselt haben. Ihr Verbrechen war, daß sie versucht hatten, socialistische Litteratur nach Rußland einzuführen. Diese Litteratur ist in Oesterreich nicht verboten. Die Verhaftung war auf Verlangen der russischen Grenzpolizei erfolgt, die auch die Auslieferung verlangte. Die oesterreichischen Behörden hätten diesem Verlangen wohl am liebsten nachgegeben. Die socialistische Presse Oesterreichs schlug aber Lärm, und so wurden die beiden in „Untersuchungshaft“ genommen, weil man hin- und her schwankte, ob man den oesterreichischen Gesetzen oder den Wünschen der russischen Polizei folgen sollte. Jetzt sind die beiden Russen an die schweizer Grenze gebracht worden. —

Spanien.

Das neue Kabinett kündigt sich an. In einem heute abgehaltenen Ministerrat wurde beschlossen, morgen im Amtsblatte einen Erlaß zu veröffentlichen, durch welchen das Parlament vertagt wird. Ferner wurde beschlossen, für das Gleichgewicht im Budget durch eine Reorganisation der öffentlichen Dienste und durch ermöglichte Verringerung der Ausgaben zu sorgen und den öffentlichen Kredit durch Verringerung des Mißwirtschaftens zu sichern. —

England.

Der Heeresverpflichtungs-Vorschlag im englischen Oberhause. Das Haus heriet gestern den Vorschlag der Regierung, 25 000 Mann Truppen in Südafrika beizubehalten. Dabei erklärte der Unterstaatssekretär des Kriegsamtens Earl of Harcourt, 12 500 Mann dieser Truppen würden zur Verfügung Indiens gestellt werden. Im Fall des Ausbruchs eines Krieges sei die gegenwärtige Besatzung von Indien nicht genügend, und die Regierung könne die Sendung von Verstärkungen aus England nach Indien nicht gewährleisten; die einzige Möglichkeit, wenn man die geforderte Streitmacht in Südafrika nicht beibehalten wolle, wäre die Vermehrung der ständigen Besatzung Indiens. Die Regierung sei bereit, für die Entsendung von 12 500 Mann von Afrika nach Indien im Falle von Feindseligkeiten einzustehen. — Der Herzog von Devonshire erklärte, England könne nicht die Thatsache ignorieren, daß die Grenzen von Rußland und Afghanistan jetzt aneinanderstoßen, noch auch die Thatsache, daß die Verbindungen zwischen Rußlands Grenze und seiner militärischen Basis jetzt fertig sind oder weit vorgeschritten seien. Die Regierung beabsichtige nicht, den Finanzen Indiens eine neue Last aufzubürden, so lange nicht die Auffassung der indischen Regierung darüber eingegangen sei. Der Regierungsvorschlag überhebe Indien einer Belastung, die es sonst würde zu tragen haben. —

Zuckerconvention. Der Staatssekretär für Indien Lord Hamilton erklärte im Unterhause, die indische Regierung gebe nicht der Zuckerconvention beizutreten. Kolonialminister Chamberlain äußerte sodann, daß keine Kolonien mit Selbstverwaltung der Zuckerconvention sich anzuschließen beabsichtigen. Auf eine andre Anfrage erwiderte Chamberlain, er gewahre keinen Grund, warum England nicht alle Fabrikate liefern sollte, die gewöhnlich von fremden Ländern in die Kolonien eingeführt werden. —

Rußland.

Herr v. Plehwe. Ueber einen Versuch des russischen Ministers des Innern, die russischen Revolutionäre für seine Zwecke einzufangen, wird uns aus Rußland geschrieben:

Wir haben schon oft Gelegenheit gehabt, auf die diplomatischen Neigungen des jetzigen russischen Ministers des Innern v. Plehwe hinzuweisen. Erstreckten sich diese Neigungen bis jetzt mehr auf das Ausland, so haben die Protekte des Auslandes in der letzten Zeit den Minister betrogen, auch hier seine Intriguen spielen zu lassen. Angethan hat es ihm besonders die Haltung der Presse des Auslandes gegenüber seinen Schutzeleuten in Asien. Nirgend sieht der Minister mehr eine hilfreiche Hand. Die Zeiten, wo der russische Absolutismus in der ausländischen Meinung noch Verteidiger fand, ist vorbei. Das Mißtrauen gegen den Zustand des Staatshaushaltes ist zusehends im Wachsen. Deshalb spielt v. Plehwe seine letzte Karte aus: er versucht die russische Opposition zu überbieten und sie in seine Dienste zu stellen. Wie das gemacht werden soll, erzählt in der neuesten Nummer des „Revolutionären Aufstands“ einer von denen, auf die v. Plehwe es abgesehen hatte. Es lebt in Paris, so schreibt der Betreffende, ein Däne, der in engen Beziehungen zu dem französischen Auswärtigen Amt und dem russischen Botschafter steht. Im Monat Mai wendete sich nun dieser Däne an einen von seinen in Paris lebenden Landesgenossen, an den Verfasser eines großen Werkes über Finnland, der ein ausgeprägter Demokrat ist, und hat diesen, ob es ihm nicht möglich sei, Beziehungen zu den Kreisen der russischen Revolutionäre anzuknüpfen, mit denen der Minister Plehwe einen Waffenstillstand abschließen wolle. Der Minister beabsichtige nämlich einige Reformen durchzuführen, woran er aber von der revolutionären Propaganda verhindert werde, weshalb er mit der Opposition in Unterhandlungen treten wolle. Derbeauftragte erklärte, daß er selber aus den russischen Kreisen niemand kenne, er glaube aber, daß es ihm möglich sein werde, Finnländer zu finden, die mit der russischen Opposition Zühlung haben, und er seinerseits wolle mit seinen Freunden darüber sprechen, aber nur unter der Bedingung, daß in die Verhandlungen auch die finnischen Angelegenheiten hineingezogen werden. Der Gesandtschaftsrat, als was sich der erste Däne ausgab, erklärte darauf, er habe keine so weitgehenden Vollmachten, da aber der zweite auf nichts weiter eingehen wolle, so machte er ihn mit einer andern, dem Minister Plehwe näher stehenden Person bekannt, die sich in der ersten Zeit M-r Serge nannte. M-r Serge wechselte gleich Telegramme mit Plehwe, der sich einberufen erklärte, auch die finnischen Angelegenheiten in die Unterhandlungen einzubeziehen.

Nun wurde der Gesandtschaftsrat mit einem in Paris lebenden Finnländer bekannt und die Wünsche Plehwe's erhielten eine greifbarere Form. „Sie halten in Ihren Händen die Zukunft Ihres Vaterlandes“, erklärte der Rat. „Sie können es zu einem Umschwung der russischen Politik in Finnland bringen usw.“ Er müsse nur auf die russischen Revolutionäre einwirken, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen werde und außerdem in die ausländische Presse Artikel lancieren, in denen das europäische Publikum überzeugt werde, daß die russische Regierung und besonders Plehwe Reformen einzuführen wünsche, daß aber dies nicht möglich sei, wenn nicht das Land vorher zur Ruhe komme.

Der Finnländer antwortete, daß er nichts unternehmen könne, bevor er nicht mit seinen Landesgenossen gesprochen habe. Es begannen weitere Unterhandlungen, an denen auch der M-r Serge teilnahm, der niemand andre war, als der Chef der russischen Spione in Paris, Manuilow-Manasewitsch. Dem Finnländer sollte ein besonderer Paß zur Verfügung gestellt werden, und der Gesandtschaftsrat selber sollte ihn nach Petersburg begleiten, wo im Juli die Audienz bei dem Zaren stattfinden sollte, aber nur unter der Bedingung, daß der Finnländer gleich einen größeren Artikel oder eine Broschüre in der bezeichneten Richtung schreibe. Der Finnländer begab sich nach Stockholm und der Däne nach London, um dort in Zühlung mit den russischen Revolutionären zu kommen. Diese empfangen die Vorschläge mit homerischem Gelächter und die

Finnländer in Stockholm ließen den M-r Serge erklären, daß irgend welche Unterhandlungen bei der gegenwärtigen Lage der Dinge mit Plehwe nicht möglich seien. Wenn dieser zeigen wolle, daß seine Reformen nicht leere Worte seien, so solle er doch irgend welche ernstliche Schritte thun.

So endete diese diplomatische Aktion Plehwe's, und was er erreichen wollte: die Spaltung in der Opposition und ihre Demoralisation, blieb ein Traum. —

Die Vorgänge im Vatikan.

Italienische Pressemäßigungen.

Die italienischen Blätter „Osservatore Romano“ und „Voce della Verità“ ergehen sich in den höchsten Lobpreisungen des verstorbenen Papstes. „Tribuna“ meint, über Leo XIII. Wirken als Papst werde gestritten werden, vor seiner hohen Weisheit und Tugend aber müsse man sich neigen. „Popolo Romano“ hebt hervor, daß es dem Berewigten gelungen sei, erste Zwistigkeiten mit Italien zu vermeiden. „Italia“ nennt die Regierung Leo XIII. eine ruhmreiche und sagt, sie habe nur den Ansehen der Unberühmlichkeit gehabt. „Messaggero“ meint, dem Pontifikate des verstorbenen Papstes könne vielleicht vorgeworfen werden, daß es die Kirche nicht habe mit der Civilisation fortschreiten lassen.

Beileidsbekundungen.

Die Souveräne aller Länder haben Depeschen des Beileids geschickt. Der deutsche Kaiser depeschirte:

Schmerzlich bewegt durch die soeben erhaltene Trauernachricht, sende ich dem hohen Kardinalkollegium den Ausdruck meiner aufrichtigen Anteilnahme an dem schweren Verlust, welchen die römisch-katholische Kirche durch den Heimgang des Papstes Leo XIII. erlitten hat. Ich werde dem erhabenen Geiste, der mir ein persönlicher Freund war und dessen so außerordentliche Gaben des Herzens und des Geistes ich noch bei meiner letzten Anwesenheit in Rom, erst vor wenigen Wochen, erneut bewundern mußte, ein treues Andenken bewahren. Wilhelm I. R.

Die Haltung der italienischen Regierung.

Ministerpräsident Zanardelli hat die Präfecten telegraphisch angewiesen, den Leichenfeierlichkeiten für den verewigten Papst beizuwohnen, wenn sie von den kirchlichen Behörden dazu eingeladen werden.

Der Ministerpräsident hat angeordnet, daß bis auf weiteres die Theater geschlossen werden und auf den öffentlichen Plätzen keine Konzerte stattfinden.

Der Minister des Aeußern Morin hat das Ableben des Papstes den italienischen Missionen im Auslande mitgeteilt, die italienische Regierung ist aber amtlich vom Tode des Papstes nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Infolge der bereits getroffenen Vereinbarungen wird die Regierung für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Petersplatze und in der Peterskirche während der Ausstellung der Leiche und während der Trauerfeierlichkeiten Sorge tragen.

Die Aufbahrung des Leides.

Rom, 21. Juli. Der Leichnam des Papstes ist noch immer im Sterbezimmer aufgebahrt. Außer den Kobergarden halten beständig Ehren-Weichenkammer und Kammeradjutanten des verstorbenen Papstes Wacht. Pönitentiale der Peterskirche verrichten im antistehenden Gemach Gebete. Zahlreiche Personen werden zur Besichtigung der Leiche und zum Zutritte in kleinen Gruppen zugelassen, nachdem sie besondere Erlaubnis des Majordomus erlangten. In allen päpstlichen Gemächern sind Fenster und Vorhänge geschlossen; überall brennen Wachskerzen in Armleuchtern. Die Leiche wird um 3 Uhr nach der geheimen Anticamera gebracht, wo sie um 5 Uhr einbalsamiert und sodann mit dem päpstlichen Ornat bekleidet werden wird; morgen abend wird sie nach der Peterskirche gebracht und dort zwei Tage ausgestellt werden. Die Umgebung des Vatikans ist von dem Kommen und Gehen der Wagen zahlreicher Würdenträger stetig belebt.

Die Vorbereitungen für das Conclave.

Der „Verweser des Heiligen Stuhles“, Kardinalkammerer Dreglia, hat den Häuptern der drei Kardinalordnungen mitgeteilt, daß er die Leitung der Geschäfte übernommen hat, und sie aufgefordert, die Vorkehrungen für das Conclave zu treffen; ferner hat Kardinal Dreglia die in Rom anwesenden Kardinele erucht, zur ersten Kongregation zusammenzutreten, in welcher Mitteilung darüber gemacht werden wird, ob der verewigte Papst Verfügungen hinsichtlich des Conclaves hinterlassen hat, und in der die ersten Bestimmungen über das Conclave getroffen werden. Man glaubt, daß die Bestimmungen, die für das letzte Conclave getroffen waren, zur Annahme gelangen werden.

Dreglia hat im Vatikan Wohnung genommen. Die Kardinele Serafino Bannuttelli, Di Pietro und Machi, als Häupter der drei Kardinalordnungen, übernahmen die Leitung der geistlichen Angelegenheiten. Kardinal Rampolla hat, nachdem er den Tod des Papstes amtlich mitgeteilt hatte, sein Amt als Staatssekretär niedergelegt. Er schickte sich auch an den Vatikan zu verabschieden, aber Dreglia hat ihn, seine bisherige Wohnung zu behalten, was Rampolla annahm.

Am Dienstagvormittag traten die in Rom weilenden und die aus Italien herbeigeeilten Kardinele — alle zum Zeichen der Trauer, in weilsenfarbenen Gewände — in der Sala del Consistorio des Vatikans zu der ersten Versammlung zur Vorbereitung des Conclaves zusammen. Die Beratungen waren geheim. Am Conclave werden voraussichtlich alle Kardinele teilnehmen mit Ausnahme des Erzbischofs von Sidney, Kardinals Moran, der durch die zweite Entfernung daran verhindert ist.

Nach der Versammlung empfingen die Kardinele im gleichen Saale die Botschafter von Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Spanien und Portugal, die dem Beileid ihrer Regierungen Ausdruck gaben.

Infolge der Beschlüsse der Kardinalversammlung begannen bereits die Bauarbeiten im Vatikan zur Vorbereitung des Conclaves. Im Damasushofe wurden alle Zugänge vermauert. Im Vatikan werden etwa 65 Wohnräume von je 2 bis 3 Zimmern für die Kardinele mit ihren Sekretären und Conclavisten hergerichtet. Die Wahlzeiten werden die Kardinele gemeinschaftlich einnehmen. In der Sala Ducale und der Paulinischen Kapelle werden Kläre zum Messenlesen für sie errichtet. Die Wahlhandlung wird in Morgen- und Abendsitzungen in der Sigtinischen Kapelle erfolgen, an deren Wänden die Sige für die Kardinele errichtet werden.

Die Kardinele werden am Abend des 31. Juli ins Conclave eintreten und am folgenden Morgen die erste Wahlversammlung abhalten.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag. Durch die Parteipresse geht eine der „Schwäb. Tagwacht“ entnommene Notiz, wonach der diesjährige Parteitag in Dresden in der Woche vom 20. bis 27. September stattfinden soll. Von ausländiger Seite wird uns dazu berichtet, daß über den Termin des Parteitags noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden ist, daß aber, sobald dies geschehen sein wird, Termin und provisorische Tagesordnung sofort in der nach der Partei-Organisation vorgeschriebenen Weise bekannt gemacht werden wird.

Die Kreisconferenz des Wahlkreises Erfurt-Schleusingen-Riegenrath, welche am Sonntag, den 19. Juli, im Gasthaus zur Ruth bei Suhl stattfand, war von 19 Delegierten aus 14 Orten besucht. Der Wahlkreis-Vorstand war durch zwei Mitglieder vertreten. Der gedruckt vorliegende Jahresbericht und der Bericht von

der verewigten Reichstagswahl gab zu keinerlei Ausstellungen Anlaß. Der Rassenbericht wies eine Einnahme von 7209,85 M. auf, demgegenüber steht eine Ausgabe von 7011,74 M. In Bezug auf Agitation und Organisation beschloß die Konferenz die Herausgabe des Kalenders auch in diesem Jahre. Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen für beide Kreise wird beschloffen. Als Delegierter zum deutschen Parteitag wird von der Konferenz Genosse Michaelis-Erfurt in Vorschlag gebracht. Als Reichstags-Kandidat wurde Genosse Heinrich Schulz-Bremen einstimmig wieder aufgestellt.

Unsre badischen Genossen rüsten schon zur Landtagswahl. Für den zweiten Pforzheimer Landtags-Wahlkreis wurde von ihnen der Genosse Adolf Ged aufgestellt.

Das Internationale Socialistische Sekretariat hat den Mitgliedern des Bureau's, das gegenwärtig in Brüssel vereinigt ist, einen Bericht unterbreitet, der über die Thätigkeit des Sekretariats im ersten Halbjahr 1903 Auskunft giebt. Danach hat das Sekretariat gemeinsame parlamentarische Aktionen der socialistischen Parteien aller Länder in der macedonischen Frage und in der Frage der Militärbudgets in die Wege zu leiten gesucht. Ueber die politische Situation und die Arbeitsbedingungen in Argentinien, Südafrika und Japan hat das Sekretariat Informationen eingehogen und veröffentlicht. Ferner ist zur Reise, zum holländischen Generalstreik, den Regeleien von Aschineru usw. Stellung genommen. Ueber die Sammlung der socialistischen Litteratur wird mitgeteilt, daß man im Sekretariat fortjähre, alle Publikationen der socialistischen Parteien aller Länder zu sammeln, ebenso die Protokolle der Gewerkschafts-Kongresse, die Publikationen der statistischen Aemter der Regierungen u. dgl. Die Bibliothek enthält bereits 1500 Bänder und Broschüren, welche katalogisiert sind; außerdem ist ein Katalog der wichtigsten Werke der socialistischen Litteratur vorhanden. Das Sekretariat erhält fast sämtliche socialistischen Tageszeitungen und Revuen, sowie die bedeutendsten Gewerkschaftsblätter. Der Broschüre, welche die auf den internationalen Kongressen von 1888—1900 angenommenen Resolutionen enthält, wird bald eine zweite folgen, umfassend die Kongresse von 1888—1876.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Amtsvorsteher und die Wohnung des Socialdemokraten.

Der in Schlesien sehr bekannte Parteigenosse, Zeitungsbote Schiwil, hatte zu Siemianowitz bei Lawahütte, in den sogenannten „Arbeiterwohnhäusern“ gewohnt. Er wurde gekündigt und im Jahre 1901 emittirt, nachdem der Amtsvorsteher, wie er später selber amtlich erklärte, dem Verwalter jener Häuser „Andeutungen“ gemacht hatte, daß Schiwil für Ruhe und Frieden der Anwesen der Arbeiterwohnhäuser gefährlich werden könnte. Schiwil's Sachen, die nach der Emittion bei Regenwetter im Freien standen, verdarben zum großen Teil. Sch. verklagte den Amtsvorsteher Gnärzig beim Civilgericht auf Schadenersatz in Höhe von 300 M. Er machte geltend, er habe keine andre Wohnung finden können und habe sich deshalb mit dem Antrage an den Amtsvorsteher gewandt, für ihn, seine Familie und seine Sachen Sorge zu tragen. Das habe der Amtsvorsteher nicht in ausreichendem Maße gethan. Die Sachen hätten bei schlechtester Witterung im Freien stehen bleiben müssen. — Die Klage wurde zu Oppeln erbob, bevor verhandelt wurde, den Konflikt im Interesse des Amtsvorstehers und führte aus: Der Amtsvorsteher als Polizeiverwalter habe genug gethan, um die Notlage des Klägers zu beseitigen. Er habe auf Schiwil's Gesuch diesem die Aufnahme seiner Familie in das Hedwigs-Stift angeboten und ihn selber habe er in der Krankenbarade unterbringen wollen. Schiwil sei aber darauf nicht eingegangen und habe sich mit einer Beschwerde an den Landrat zu Kattowitz gewandt. Er habe seine Familie bei Bekannten untergebracht und habe sich um Beziehung der Barade erst verstanden, als ihm der Landrat einen ablehnenden Bescheid erteilte. Daß die Sachen so lange auf der Straße standen, sei sein eignes Verschulden. — Schiwil erwiderte, daß ihm der Amtsvorsteher erst drei Tage nach der Emittion die Wohnung in der Krankenbarade angewiesen habe. Er hätte nicht gewußt, wo mit den Sachen hin. Der Amtsvorsteher trage überhaupt an der ganzen Sache die Schuld, da er den Verwalter der Arbeiterwohnhäuser überredet habe, ihn zu kündigen, weil er Socialdemokrat sei. — Hierauf machte der Amtsvorsteher das oben mitgeteilte Zugeständnis bezüglich der „Andeutungen“ über die Gefährlichkeit Sch. für Ruhe und Frieden der Bewohner jener Häuser, blieb aber dabei, daß er genügend gethan habe, dem Kläger in seiner Notlage (der vom Amtsvorsteher indirekt erst verursachten) beizustehen. Sch. habe aber eine Wohnung wie bisher haben wollen. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt für begründet, so daß das Klageverfahren gegen den Amtsvorsteher endgültig einzustellen ist. Es nahm an, daß dem Amtsvorsteher eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse oder eine diese verletzende Unterlassung nicht zur Last falle.

Nach diesem Entscheid des Ober-Verwaltungsgerichts ist in Zukunft jeder Socialdemokrat den Gehäffigkeiten ständiger Verwaltungsbeamten schuldig ausgeliefert. Wenn derselbe schlau genug ist, sich in einem Rahmen zu halten, welcher der Regierung noch die Einlegung des Konflikts ermöglicht (und das ist, wie Figura zeigt, nicht schwer), dann wird er dem auf die Straße gesetzt und von Ort zu Ort gehetzten Socialdemokraten nie eine Möglichkeit geben, seinen Gegner gerichtlich verantwortlich zu machen. Er selbst aber möge sich wohl hüten, auf die Thaten seines amtlichen Gegners auch nur mit entsprechenden Worten zu erwidern; der Staatsanwalt wird ihn dann unweigerlich „im öffentlichen Interesse“ beim Schlawittchen nehmen — und das: „Von Rechts wegen!“ —

— Der Herr Polizeipräsident von Magdeburg widmet schmeichelehafterweise seine Aufmerksamkeit nach wie vor der dortigen „Volkstimme“ in einer Weise, daß sich diejenigen Arbeiter, die noch immer die sogenannte unparteiische Presse bevorzugen, ein Weispiegel an dieser polizeilichen Vorliebe für das socialistische Organ nehmen könnten. Nachdem der Herr Polizeipräsident neulich „höchst eigenhändig“ entdeckt hatte, daß ein Auschnitt unsres Parteiblattes, den man in das Fenster der Buchhandlung geklebt hatte, seine Druckfirma trug, ist ihm jetzt aufgefallen, daß zwei von ihm der „Volkstimme“ eingesandte Verichtigungen nicht in derselben Schrift veröffentlicht wurden, wie die von ihm angeblich berichtete Notiz. Genosse Albert als verantwortlicher Redakteur der „Volkstimme“ hatte seiner diesbezüglichen Sünden wegen bereits zwei hochnotwendige richterliche Vernehmungen zu bestehen; die Aktenstücke sind schon recht geschnitten. Und das alles, damit die „Volkstimme“ die Verichtigungen noch einmal, und zwar in der von dem Herrn Polizeipräsidenten gewünschten Schriftorte, bringt, denn eine Verfrachtung des Sünders kann nach § 19 des Preßgesetzes nur erfolgen, wenn er nicht in gutem Glauben handelte, sondern böswillig eine andre Schriftart anordnete. Kann ihm Böswilligkeit nicht nachgewiesen werden, so wird er von Strafe und Kosten freigesprochen und nur die nachträgliche Aufnahme angeordnet. — Die Magdeburger „Volkstimme“ aber hat eine Bombentramme mehr.

— Genosse Dämmig vom Halle'schen „Volkblatt“ wurde seiner Zeit wegen Beleidigung eines Arbeiters zu der horrenden Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Auf seinen Antrag hat das Landgericht die Wiederaufnahme des Verfahrens beschloffen und der Staatsanwalt ist dem Beschlusse beigetreten. Hoffentlich schneidet unser Kollege bei der erneuten Verhandlung günstiger ab.

Aus Industrie und Handel.

Die Handelskammer zu Plauen veröffentlicht ihren Jahresbericht für 1902. Ueber die allgemeine Lage der hauptsächlichsten Industrien des Bezirkes wird darin ausgeführt:

Das Jahr 1902 hat der Industrie und dem Handel des Kammerbezirks keine weitere Verschlechterung ihrer Lage gebracht. Vielmehr zeigten sich die Anfänge einer Besserung, an der namentlich die verschiedenen Zweige der für den Kammerbezirk ausschlaggebenden Textilindustrie teil hatten, während der Erwerbszweig, von dem der Rückschlag der wirtschaftlichen Lage in der zweiten Hälfte des Jahres 1900 seinen Ausgang nahm, die Eisenindustrie, auch im Berichtsjahre nur eine geringe Erholung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen hatte. Von den einzelnen Zweigen der Textilindustrie konnte die im Kammerbezirk besonders ausgebreitete Wollindustrie dank der langsam, aber gleichmäßig ansteigenden Bewegung der Wollpreise und der damit verbundenen Anregung des Konsums fast in allen ihren Teilen den Betrieb voll aufrecht erhalten; in manchen Zweigen, z. B. in der Wollkammerei, der Kammgarn- und der Streichgarnspinnerei, der Treuener Weberei von Tüchern, der Streichgarnweberei, war die Beschäftigung als gut, gegen Ende des Jahres sogar als flott zu bezeichnen, wobei in den ergebnisreichen Geschäftszweigen Ueberstunden nicht immer zu vermeiden waren. Dagegen war der Geschäftsgang in der Weberei und der Appretur von Kammgarnstoffen sowie in dem Handel und der Reinigung von Wollabfällen und in der Herstellung von Kunstwolle ungünstig.

Auch die Baumwollindustrie des Bezirkes zeigte eine gewisse Besserung, an der allerdings die Baumwollspinnerei nicht beteiligt war. Vielmehr war für diese das Jahr 1902 eines der schlechtesten seit Bestehen der Industrie. Dagegen war die Biogarnspinnerei fast in allen Betrieben voll beschäftigt, obwohl der Ertrag auch hier infolge der geringen Spannung zwischen den Preisen der Rohmaterialien und des Endfabrikates kaum als zufriedenstellend gelten kann. Die Wirmereien, insbesondere die Strichgarnwirmereien, erreichten ein sehr gutes Resultat. Die Baumwollweberei konnte eine Vergrößerung ihres Umsatzes erzielen, so daß Betriebsbeschränkungen im allgemeinen vermieden wurden, obwohl namentlich in den ersten Sommermonaten viel auf Lager gearbeitet werden mußte. Die Preise waren auch hier niedrige. Das Gleiche gilt auch von den Webereien von Kongrestoffen. Ebenso war in der Tüllgarnweberei eine wesentliche Erleichterung der Geschäftslage gegenüber dem gerade für diese Industrie sehr ungünstigen Vorjahre zu beobachten.

Bzüglich der Lohnverhältnisse heißt es in dem Bericht: Die Lage der Arbeiter war im allgemeinen eine günstige. Die Löhne waren auch im Berichtsjahre ziemlich hoch und wurden zum Teil sogar trotz ungünstiger Geschäftslage aufgebessert, indem namentlich die von der Spinnerei- und Stiderei-Industrie gezahlten hohen Löhne bewirkten, daß auch in den Zweigen der Textilindustrie, deren geschäftliche Lage zu Lohnherabsetzungen keine Veranlassung geboten hätte, doch solche vorgenommen werden mußten, da andernfalls der schon vorhandene Mangel an Arbeitskräften noch größer, den Betrieb schädigende Ausbeugung angemessen hätte. Lohnherabsetzungen sind nur selten eingetreten, während allerdings besonders in der Kohlen- und Eisenindustrie der Gesamterdienst der Arbeiter durch Einlegen von Feierschichten und sonstige Produktionsbeschränkungen verringert worden ist.

Korporation der Kaufleute der Kaufmannschaft. Die Korrespondenz der Kaufleute der Kaufmannschaft von Berlin enthält eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Korporation für das Jahr 1902. Danach stellten sich insgesamt die Einnahmen auf 1.100.465 M. Dagegen erforderten die Befolgungen der Beamten 158.312 M., andre persönliche Ausgaben 16.348 M., Pensionen und Unterstützungen z. 13.007 M., sachliche Verwaltungs- und allgemeine Ausgaben für den Grundbesitz 75.935 M., öffentliche Abgaben und Lasten 89.230 M., Heizungskosten 14.277 M., amtliche Kurserichte 22.972 M., Leihzinsen 8845 M., Bibliothek 11.560 M., sonstige Ausgaben 50.221 M., Ausgaben im Interesse des Handels und der Industrie 10.130 M., Bildungsanstalten 11.995 M., für allgemeine und Wohltätigkeitszwecke 55.155 M., kaufmännische Fortbildungsschulen 98.709 M., Verzinsung der Schuld der Korporation 145.181 M., Tilgung der Schuld 130.000 M., Handels-Hochschule, erste Rate 150.000 M. Der Ueberschuß für 1902 beträgt 91.683 M.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Leitergerüstbauer nahmen am Sonntag in ihrer Versammlung Stellung zu dem Bericht der Sektionsleitung über den Anschlag an den paritätischen Arbeitsnachweis für das Dachdecker-Gewerbe und der verwandten Berufe. Nach einer sehr lebhaften Debatte stimmten Zweidrittel der Anwesenden für Anschlag an den paritätischen Arbeitsnachweis und wurden Walter als Vertreter und Winkler als Erfahrmann in das Kuratorium gewählt. Betreffs der Kontrolle der Arbeitsvermittlung wurden die Vorschläge der Organisation gut geheißen und angenommen.

Deutsches Reich.

Eine Formersperre droht zu Friedland in Mecklenburg. Die Formere des „Friedländer Eisenwerkes“ sind im Laufe von zwei Jahren mit Abzügen bedacht worden, derart, daß ihr Verdienst zwischen 12 bis 15 M. pro Woche schwankt, in Einzelfällen sogar bis auf weniger als 10 M. herunter sinkt. Die Arbeiter haben nun in einer mehr als höflichen Weise Aufbesserung verlangt. Als Antwort darauf ist ihnen das Annehmen gestellt worden, aus der Organisation auszutreten. Sogar zum Bürgermeister wurden sie bestellt, der sie zu diesem Schritt überreden wollte. Sie haben diese Zumutung energig zurückgewiesen und sind infolgedessen alle gekündigt worden. — Da der Unternehmer in den Zeitungen nach Ertragkräften für die Geländigten sucht, sei vor Zuzug von Formern nach Friedland gewarnt.

Streikende Arbeitswillige! Die Aussperrung in Hannover hat eine sonderbare Wendung dadurch genommen, daß plötzlich die importierten Galizier die Arbeit verweigern. Sie geben an, von den Meistern betrogen zu sein. — Dem „Volkswille“ haben die Kontrakte der Leute vorgelegen. Man hat die gewöhnlichen Feldarbeiter-Verpflichtungsscheine als Vertrag bemerkt, die in deutscher und polnischer Sprache gedruckt sind. An Lohn ist für Bauer 60 Pf., für Bauarbeiter 35 Pf. ausgemacht. Die Kochfrau bekommt 1,50 Mark. Außerdem gewährt das Baugewerksamt noch jedem Arbeiter gemeinschaftliche Wohnung nach Geschlechtern getrennt, freie Schlafräume, Lagerplatz und eine wolleene Decke. In Jaroslau sind den Arbeitern 5,10 M. Vorkauf gezahlt worden und die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Weise nebst Speisen nach Hannover und wieder zurück nach Jaroslau zu bezahlen. Angenommen sind die Arbeiter bis Ende Oktober. Außerdem ist vereinbart, daß der Arbeitgeber jede Woche 3 M. vom Lohn als Kautions einbehalten darf bis zur Höhe von 30 M. Beim ordnungsmäßigen Abgang wird das Geld ausbezahlt. Am Schlusse des Vertrages heißt es: „Polizeilicher Schutz wird den Arbeitern zugesichert, sowohl bei der Arbeit als auch in ihrer Wohnung.“ — Wer hat wohl die Herren Arbeitgeber autorisiert, den Galizern „polizeilichen Schutz“ zuzusprechen? War es die Polizeibehörde, die es ermöglichte, daß die Leute daraufhin ein Land aufsuchten, aus dem sie nun anscheinend aus öffentlichen Mitteln wieder fortgeschafft werden müssen? Oder haben auch in diesem Falle die Herren Unternehmer etwas versprochen, was zu halten gar nicht in ihrer Macht lag? Sei dem wie ihm wolle: so „arbeitswillige“ Elemente, wie die Herren Unternehmer glauben, scheinen ihre mühsam importierten Kausreißer doch nicht zu sein. Wenn auch die Kausreißer rebellisch werden, vertragen sie sich doch wohl lieber mit ihren bewährten einheimischen Arbeitskräften.

Steinfetter. In Dessau haben die bei dem Unternehmer Niemann beschäftigten Steinfetter die Arbeit niedergelegt, weil ein Kollege,

der die Abstellung von Mistkästen forderte, gemahregelt wurde. Sämtliche Ausständige sind organisiert. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Verhältnisse im Ruhrkohlenrevier veranlassen den Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes zu folgendem Aufruf: Achtung, Arbeiter! Fortwährend gehen uns jetzt Nachrichten zu über Zechenagenten, die außerhalb des Ruhrkohlengebietes Arbeiter anwerben für die Ruhrzechen. Die Werber zeigen als Lohnmittel Lohnbücher vor, in denen Vergütungslöhne von 180—200 M. monatlich angegeben sind. Es soll der Anschein erweckt werden, solche Löhne seien auf Ruhrzechen üblich. Wir stellen fest, daß Monatslöhne von 180—200 M. von Ruhrbergleuten und nicht bekannt sind, wohl aber können wir massenhaft Dauerlöhne von 60—80 M. für 25—27 Schichten nachweisen! Zur Zeit ist es gar nicht selten, daß tüchtige Arbeiter an den Ruhrzechen mit 2—3 M. Gehaltelohn nach Hause geschickt werden, oft mit noch weniger. Dazu herrscht augenblicklich das „Bagenmüllern“ und das sonstige Strafmüßiggang in der standalösesten Weise. Berliner Blätter verbreiten folgende Notiz:

„In der Umgegend von Gerne gab es in letzter Zeit auch schon Lohnaufbesserungen infolge der stark grassierenden Barmkrankheit und durch die Zunahme des Wagen-Kullens.“

Kann es Tollere geben? Also durch Lohnabzüge soll der Lohn — aufgebessert werden! Wir raten allen Arbeitern, sich durch keine schönfärbenden Berichte zum Einwandern in das Ruhrgebiet verleiten zu lassen. Hier sinkt der Lohn immer noch, wie in den Versammlungen die Kameraden durch ihre Lohnbücher nachweisen.

Arbeitermangel herrscht erst recht nicht!!! Das Zechenorgan, die „Mheinisch-Westfälische Zeitung“, teilt eben jetzt mit, daß angeblich die Zechenüberschüsse im Juni schlechter seien. Das Verbandsblatt erklärt dies wie folgt:

„Der Grund für die schlechteren Ergebnisse ist in erster Linie darin zu suchen, daß der Monat Juni nur 23 Arbeitstage (Mai 24 Arbeitstage) hatte. Ferner ging der Effekt pro Mann und Schicht dadurch zurück, daß eine Reihe Arbeiter vom Betrieb fernblieben, infolge Barmkrankheit, die vorübergehend Arbeitermangel mit sich führte. Es ist bekannt, daß der Monat Juni durchweg die schlechtesten Ergebnisse von allen Monaten des Geschäftsjahres ergab.“

Also es trifft schon ein, was wir warnend voraussetzten: Die Barmseuche ist auf den Ruhrgruben so stark eingemischt, daß viele Arbeiter arbeitsunfähig wurden, wodurch für den betreffenden Betrieb „vorübergehend Arbeitermangel“ eintrat! In die verstaubten Gruben wollen die Zechenagenten nun neue Arbeiter locken, damit die Barmseuche weitere Volksteile ruiniert!!! Die von uns vorgeschlagenen sanitären Maßregeln werden nicht ergriffen, statt dessen sollen bisher gesunde Arbeiter von außen hergeholt werden, die natürlich auch wurmkrank werden! Schon giebt es zahlreiche wurmtränke Ruhrbergleute, die völlig arbeitsunfähig, ohne Hilfe, auf das öffentliche Mitleid angewiesen sind; die Zechen nehmen die Armen nicht wieder an. Dadurch kommt unermessliches Elend über die Bevölkerung im Ruhrgebiet, und nun will man auch noch weitere Arbeitskräfte dem Unglück zuführen.

Wir warnen dringend alle Arbeiter, auf die Lockrufe der Zechenagenten zu hören! Bei Arbeitsangeboten aus dem Ruhrgebiet mögen sich die Betreffenden direkt an den Unterzeichneten wenden, er wird zuverlässige Auskunft über die Arbeiterverhältnisse im Ruhrbergbau erteilen.

Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes
J. K. v. S. Sachse, Bochum.
NB. Alle volksfreundlichen Blätter bitten wir um Verbreitung des vorstehenden Aufrufs.

Sociales.

Der englische Arbeitsmarkt im Juni zeigt gegenüber dem Mai eine Verschlechterung. In den 226 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 558.695, von denen Berichte im Arbeitsamt einliefen, wurden Ende Juni 24.804 oder 4,5 Proz. Arbeitslose gezählt. Im Monat Mai waren in denselben nur 4,0 Proz., im Monat Juni des Vorjahres 4,2 Prozent Arbeitsloser vorhanden. — Die Zahl der im Juni begonnenen Streiks betrug 17 mit 5601 Streikenden; insgesamt waren 12.314 Personen direkt oder indirekt von den Konflikten berührt. Von den 12 Streiks, die im Monat Juni zu Ende gingen, wurden 6 für die Arbeiter gewonnen, 2 verloren und 4 endeten durch Kompromiß. — Die Veränderungen in der Lohnhöhe, welche das Arbeitsamt zur Feststellung der Lage des Arbeitsmarktes regelmäßig mit heranzieht, ergibt ein wenig erfreuliches Bild. Eine Verringerung in der Lohnhöhe trat für insgesamt 118.500 Personen ein. Von diesen erlangten nur 7115 Personen eine Erhöhung, 109.850 dagegen mußten sich einen Abzug gefallen lassen. Dieser betrug insgesamt 130.000 M. pro Woche, was auf den Kopf pro Woche etwa 1,15 M. ausmacht.

Verammlungen.

Die Glaser besaßen sich in ihrer Mitgliederversammlung am Montag u. a. mit der Einführung des neuen Lohnstarfs. Beim Abschluß der vorjährigen Lohnbewegung war im Oktober mit den Arbeitgebern die Vereinbarung getroffen, daß vom 1. August dieses Jahres ab eine Erhöhung der Stundenlöhne erfolgen sollte und zwar auf 60 Pf. für perfekte Arbeiter, 55 Pf. für schwächere Kräfte und 50 Pf. für Gesellen, die im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit stehen, und solche, die durch Alter, Invalidität oder Unfall minderleistungsfähig geworden sind. Die Versammlung beschloß, strikte auf die Innehaltung dieser neuen Tarifätze zu dringen. Arbeitgeber, die vom 1. August ab die erhöhten Löhne nicht zahlen, sind sofort dem Vorstande zu melden, der alsdann die weiteren erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung des Tarifs in die Wege zu leiten hat. — Die Abrechnungen vom zweiten Quartal gab Thilo; ihm wurde einstimmig Decharge erteilt. Fauerbach berichtete sodann, daß die Schlichtungskommission sechsmal zusammengetreten sei und bemerkte dabei, ein gut Teil der einzelnen Differenzen sei durch eigne Schuld der Kollegen entstanden, weil diese die Abmachungen über die Handhabung der Arbeitsvermittlung nicht genügend innehalten, sondern vielfach noch selbst „umschauen“ gehen. Auf dem Arbeitsnachweis sind im letzten Halbjahre 600 Arbeitslose eingeschrieben gewesen, ein Zeichen für die Depression im Gewerbe; vermittelt wurden ca. 820 Stellen; arbeitslos waren am 1. Juli noch 72 Kollegen. Nur ein Drittel der im Beruf tätigen Gesellen hatten ständige Beschäftigung. — Als Mitglied der Schlichtungskommission und gleichzeitig auch der Bauarbeiter-Arbeitskommission wurde Krause und in die Agitationskommission Schumacher gewählt.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am Montag im Lokale Große Frankfurterstraße 117 seine Generalversammlung ab. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde ein Vortrag von Dr. Wolheim gestellt über: „Die schädlichen Wirkungen des denaturierten Spiritus“. Der Redner führte aus, daß zwar nicht nachzuweisen sei, daß das Pyridin, das jetzt hauptsächlich als Denaturierungsmittel des Spiritus zur Verwendung kommt, die direkte Ursache spezifischer Verunreinigungen der Möbelpolierer bildet, daß aber dieser Stoff durch seinen ekelhaften Geruch unzweifelhaft außerordentlich schädlich auf den ganzen Organismus einwirke und dadurch, daß er Kopfschmerz erzeuge, auf die Intelligenz lähmend einwirke und das Allgemeinbefinden herabdrücke, die indirekte Ursache anderer Krankheiten sei. Darum müsse verlangt werden, daß die Verwendung von Pyridin zur Denaturierung des Spiritus verboten werde. Der Redner empfahl schließlich, eine dementsprechende Petition an den Bundesrat zu senden. Da zur Zeit auch von einflussreicher industrieller Seite gegen die Denaturierung mit Pyridin vorgegangen werde, hätte eine derartige Petition mehr Aussicht auf Erfolg als früher. Sie müßte ausgedehnt werden auf das Verlangen, daß das sämtliche

Arbeitsmaterial der Möbelpolierer untersucht werde. — An den Vortrag, der lebhaften Beifall fand, schloß sich eine Besprechung über die verschiedenen krankmachenden Einflüsse, denen die Möbelpolierer ausgesetzt sind. Namentlich wurde auch erwähnt, wie teilweise Lumpen in ungeräumigen Zuständen zum Polieren verwendet werden und so nur zu leicht zur Uebertragung von Krankheiten führen können. — Die Generalversammlung beschloß, dem Vorstand die weitere Verfolgung der Angelegenheit zu überlassen.

Darauf erlittete der Vorsitzende Schulz den Bericht des Vorstandes. Im verfloffenen Quartal kamen in fünf Werkstätten Differenzen vor, die sämtlich zu Gunsten der Arbeiter geregelt wurden. Von der Mai-Aussperrung wurden in diesem Jahre nur 30 Kollegen in 11 Werkstätten betroffen. Der Kassenericht, der den Mitglieder gedruckt vorlag, weist einschließlich des alten Bestandes von 6862,81 M. eine Einnahme von 14.998,56 M. auf, die Ausgaben betragen 4882,96 M., so daß ein Bestand von 10.008,40 M. übrig bleibt. Dem Kassierer Schulte wurde einstimmig Decharge erteilt. Im Arbeitsnachweis haben sich im verfloffenen Halbjahr 1942 Arbeitslose eingeschrieben, Stellenangebote waren 1240 zu verzeichnen, erledigt wurden davon 1070. Die entsprechenden Zahlen für das erste Halbjahr 1902 waren: 1560, 718 und 630, so daß also jetzt ein starker Aufschwung des Arbeitsnachweises des Verbandes zu konstatieren ist, wogegen, wie der Redner zahlenmäßig nachwies, die Arbeitsvermittlung im Innungsbezirk stark zurückgegangen ist. Die Geschäftslage ist im allgemeinen etwas besser als im vorigen Jahr. — Hierauf berichteten die Bevollmächtigten der einzelnen Bezirke über ihre Tätigkeit. Im Osten wurde in 52 Werkstätten eine Statistik aufgenommen, die ergab, daß die Löhne außerordentlich verschieden sind. Als Durchschnittslohn wurde 25,25 M. ermittelt, als niedrigster Lohn 15 M. Nicht man die Zeiten der Arbeitslosigkeit in Betracht, so zeigt es sich, daß die Löhne der Möbelpolierer höchst unzureichend sind. Im übrigen ergaben die Berichte, daß die Tätigkeit infolge der Beteiligung der Mitglieder an der Wahltagation nicht in dem Maße entfallen werden konnte, als es sonst der Fall war.

Die Kassa Berlin des Unterstufensvereins der Kupferschmiede Deutschlands hielt am 19. Juli ihre Generalversammlung ab. Nach dem vorliegenden Kassenericht vom 2. Quartal 1903 hatte die Kassa inf. eines Bestandes von 612,20 M. vom ersten Quartal eine Einnahme von 2972,09 M. und eine Ausgabe von 2350,94 M., bleibt ein Bestand von 615,15 M., wovon 200 M. an die Kassa nach Hamburg geschickt worden sind. Der Rest betrug der Kassa. Die schon das dritte Jahr anhaltende außerordentlich große Arbeitslosigkeit in unserer Branche verurteilte eine Ausgabe von 1275,75 M. für Arbeitslosenunterstützung und 317,48 M. für Reise-Unterstützung. Die Zahl der Mitglieder liegt bei 892 auf 403. Die Kassa hatte inf. eines Bestandes von 128,43 M. vom ersten Quartal eine Einnahme von 706,70 M. und eine Ausgabe von 645,88 M., bleibt ein Bestand von 61,07 M. Der Dispositionsfonds hatte inf. eines Bestandes von 2041,16 M. eine Einnahme von 2539,79 M. und eine Ausgabe von 306,30 M., bleibt ein Bestand von 2283,50 M. Nachdem die Revisionen des Revisionsbefund mitgeteilt hatten, wurde der Kassierer entlastet. — Die Versammlung beschloß, den Ausschluß des Kollegen Andra wegen Arbeitens unter dem Minimallohn beim Centralvorstande zu beantragen. Als Erfahrmann in die Statutenberatungskommission wurde Kollege C. Ladner gewählt.

Aldershof. Der hiesige Waldverein hielt am 16. Juli im Fehmerschen Lokal eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Barthelemy einen Vortrag hielt über „Heinrich Heine und seine Dichtungen“. Die Lebensworte, den großen Dichter mit seinen Vorzügen und Schwächen der zahlreichen Zuhörer sehr nahebringenden Schilderungen des Referenten, sowie die Recitation einiger Gedichte durch denselben erweckten allseitiges Interesse, das in der nachfolgenden Diskussion deutlich zum Ausdruck kam. Nach Verlesen des vorläufigen Kassenerichts für das dritte Quartal — der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 216 — sowie nach Erörterung anderer Vereinsangelegenheiten erfolgte um 12 Uhr Schluß der Versammlung.

Aus der Frauenbewegung.

Rigdorf. Die nächste Mitgliederversammlung des Vereins gewerblich tätiger Frauen und Mädchen Rigdorfs findet am Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Bergstr. 151/52 (kleiner Saal), statt. Referent: Frau Thiede. Vortrag über: „Frauenarbeit und Frauenorganisation“. — Die Mitglieder werden gebeten, behufs Kontrolle die Austrittsbücher mitzubringen. Damen und Herren haben als Gäste Zutritt.

Aldershof. Am Donnerstag, den 23. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saale von Meißner, Wismarstr. 60, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt. Referent: Stadtverordneter Dr. Alfred Vornstein über: „Die kommunale Gesundheitspflege“. Zahlreiches Erscheinen der Frauen und Männer erwartet. Die weibliche Vertrauensperson.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 21. Juli. (W. H.) Der Sultan entsandte vorgestern den Finanzminister Reichard seines Amtes, gab es ihm aber gestern wieder zurück. — Beim See Amatovo, im Wilajet Salami, operieren seit Wochenfrist zwei türkische Bataillone gegen 200 Anjurgenen.

Laiabach, 21. Juli. (W. H.) In Laiabach, Borschnoß und Altenmarkt brannten 88 Wohnhäuser nieder; ein Mann und mehrere Kinder kamen in den Flammen um.

Budapest, 21. Juli. (W. L. U.) Die Zahl der ausständigen Arbeiter der k.u.k. Werke der österreichisch-ungarischen Staatsbahn-Gesellschaft übersteigt 1800. Der Temesdarer Gewerbe-Inspektor ersuchte den Handelsminister um Entsendung eines Vermittlers zur Behebung der Lohnrückstände.

Genf, 21. Juli. (W. H.) Die Regierung hat jede öffentliche Kundgebung der Streikenden sowie das Anschlagen des Streikprotokolls verboten. Zahlreiche Italiener haben die Stadt verlassen. Patrouillen durchziehen die Straßen.

Petersburg, 21. Juli. (W. L. U.) Die heutige Gefesversammlung veröffentlicht am 1. Januar 1904 in Kraft tretende Bestimmungen über die Einfuhr ausländischer Waren aus europäischen Ländern, sowie Bestimmungen über veterinärpolizeiliche Maßnahmen zur Vorbeugung und Unterdrückung von Viehseuchen.

London, 21. Juli. (W. L. U.) Unter dem Vorsitz des Herzogs v. Sutherland tagte heute nachmittags eine Versammlung von hervorragenden konservativen und liberalen Mitgliedern des Oberhauses und des Unterhauses, welche für eine Vorzugsbehandlung der Kolonien eintraten. Die Versammlung beschloß die Gründung einer Tarifreform-Liga, deren Hauptziel es sein soll, eine Prüfung des Zolltarifs zum Schutze der Industrien des vereinigten Königreichs herbeizuführen und die Quellen des Landes zu sichern und weiter zu entwickeln. Es wurde ein Arbeitsausschuß gebildet und der Herzog von Sutherland zum Vorsitzenden desselben gewählt. Die Liga beabsichtigt eine Propaganda durch ganz England.

London, 21. Juli. (W. L. U.) Unterhaus. Fortsetzung. Die dritte Lesung der irischen Landbill wird mit 317 gegen 20 Stimmen angenommen, nachdem Vertreter aller Parteien ihre freudige Zustimmung zu der Bill ausgesprochen haben.

London, 21. Juli. Das „Neuerische Bureau“ erfährt aus amtlicher Quelle, daß in Santiago einige Krankheitsfälle vorgekommen sind, die auf Cholera hindeuten. Der Gesundheitszustand in Valparaiso sei befriedigend, und es habe sich auch in den übrigen Teilen Chiles nichts ereignet, was zur Beunruhigung Anlaß geben könnte.

Prozeß gegen die Pommernbank.

Nach Eröffnung der Sitzung erteilt der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Heidrich sofort dem Staatsanwalt Peed das Wort zur Entgegnung auf die Ausführungen der Verteidiger.

Der Staatsanwalt erklärt, daß er sich darauf beschränken werde, einzelne Punkte heranzugreifen, da es nicht Zweck dieser Verhandlung sein könne, daß sich Staatsanwalt und Verteidiger gegenseitig überzeugen und da er die feste Überzeugung habe, daß es weder ihm, noch der Verteidigung durch ihre Redner gelingen werde, das Bild, das sich der Gerichtshof auf Grund der mündlichen Verhandlung gebildet haben dürfte, wesentlich zu verändern.

Wohl und Hanel

betrifft, so habe es auch ihm zuerst nicht in den Kopf gewollt, daß diese Männer sich so schwer vergangen haben sollten. Aber die Wucht der Tatsachen habe ihn doch bewogen, die Anklage zu erheben, und daß er Recht gehabt, ergebe sich daraus, daß die Strafammer das Verfahren eröffnet habe. Auch das Ergebnis der Verhandlung sei ein für die Angeklagten Wohl und Hanel sehr ungünstiges gewesen; es seien denn doch Tatsachen vorgebracht worden, die jeden Zweifel an der mala fides der Angeklagten beseitigen müssen.

Der Staatsanwalt wendet sich ferner gegen die Ausführungen, die die Verteidiger gegen seine Charakteristik einzelner Sachverständiger gemacht haben. Er bittet dabei, daß es eine unwürdige Komödie sei, die einzelne dieser Sachverständigen gemacht haben, auf Grund desjenigen Materials, das ihnen zur Verfügung gestellt worden war, eine Lage abzugeben. Er müsse auch dabei bleiben, daß Gutachten, wie sie von den Herren Droß und Horwitz abgegeben worden, nur Heiterkeit erregen können. Es sei ihm gerade daraus die Überzeugung geworden, daß Geleinirrat Recht hatte, wenn er sagte: man könne in Berlin jede Lage haben, wenn man nur vor die richtige Thür geht.

Krämerseele

gesprochen, so gestehe er offen, daß ihm eine ehrliche Krämerseele zehnmal lieber sei als hochgeistige Geschäftsleute von der Art der Angeklagten. Was die Angriffe gegen die Taten der staatlichen und der Bank-Revisionskommission betrifft, so habe ja der Gerichtshof die betreffenden Herren persönlich vor sich gehabt; er habe das Gefühl, daß er den Herren nur zu nahe treten würde, wenn er sie gegen diese Angriffe ausführlich verteidigen wollte. Ein Verteidiger habe starke Angriffe gegen den Direktor Dernburg gerichtet und wieder die Besprechung erwähnt, die der Staatsanwalt mit den Herren im Bankgebäude gehabt habe. Rechtsanwalt Dr. Wertbauer habe geäußert, er habe die Überzeugung, daß diese Konferenz vom Direktor Dernburg veranlaßt worden sei. Daß dies gänzlich unrichtig, haben die Herren Direktor Dernburg und Geh. Rat Budde unter ihrem Eide bezeugt. Er selbst beständige nochmals: die Herren seien auf seine (des Staatsanwalts) Anregung hin zusammengetreten, um ihn über eine Bilanz zu informieren. Die ganze Sache habe doch bereits eine durchgängig loyale Auffassung gefunden.

Richtig sei es, wenn die Verteidiger darauf hingewiesen haben, daß 2 1/2 Jahre Untersuchungsfrist eine harte Materie seien. Diese lange Frist sei aber nicht zu umgehen gewesen bei dem riesigen Umfang des Stoffes, dem Zeugnissen der Angeklagten und den vielen Schwierigkeiten, die sie aufstülzten. Was will aber diese Gasi sagen gegen das namenlose Elend, das die Angeklagten über diese Familien gebracht haben? Dieser Jammer wiege viel schwerer als die 2 1/2 Jahre Untersuchungsfrist. Die Bank sei verarmt, die Angeklagten haben sich nicht gekümmert, auf Kosten der Bank zu leben und deshalb beantrage er gegen sie auch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Im übrigen bleibe er durchaus bei seinen Strafanträgen.

Der Vorsitzende knüpft an die Ausführungen des Staatsanwalts folgende Bemerkung: Der Staatsanwalt habe bezüglich der im dritten Abschnitt der Anklage behandelten Fälle eine kleine Schwächung gemacht. Er habe anfangs eine Untreue darin erblickt, daß die Angeklagten die Gelder der Pommernbank überhaupt in Terrain-Spekulationen angelegt haben. Jetzt vertrete der Staatsanwalt auch die Auffassung, daß eine Untreue darin liege, daß sie Grundstücke überließen hätten. Es frage sich, ob in dieser Form die Anklage nicht eine andre Tat behandle, und er halte sich deshalb für verpflichtet, die Angeklagten darauf hinzuweisen.

In längeren Entgegnungen nehmen die Justizräte Dr. Bronker und Dr. Sello sowie Rechtsanwalt Dr. Wertbauer unter Widerlegung einzelner Ausführungen des Staatsanwalts auch die Bau- und Wäcker-Sachverständigen, insbesondere aber den öffentlich angestellten Wäckerrevisor Bergmann gegen einige Angriffe des Staatsanwalts in Schutz.

Justizrat Dr. Sello erklärt namens und auf Wunsch des Angell. Romeid, daß der im Sekretbuch erwähnte Dr. Destreich nicht identisch ist mit dem Dr. jur. Paul Destreich in Berlin.

Am letzten Wort verstarbt, erklärt Angell. Schulz: Ich habe den Ausführungen der Herren Verteidiger nichts weiter hinzuzufügen als die Versicherung, daß ich immer bestrebt gewesen bin, nach bestem Wissen und Gewissen meine Pflicht und Schuldigkeit als Direktor einer Hypothekbank zu thun.

Angell. Romeid: Auch ich habe nichts hinzuzufügen als die gleiche Versicherung, daß auch ich nach ehrlicher Überzeugung stets meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen gethan habe.

Angell. Wohl berichtet aufs Wort.

Angell. Hanel: Ueber das was ich gethan haben soll, habe ich ein durchaus ruhiges Gewissen, denn ich habe nach meiner Meinung hin etwas Böses gewollt. Aber nach einer Richtung habe ich aus dem Prozeß eine Lehre gezogen: Wenn ich noch einmal zu einem solchen Amte berufen würde, dann würde ich die Bewilligung der Kosten beanspruchen, die notwendig sind, um eine besondere Registratur mit besonderen Registraturbeamten einzurichten, die die Abschriften aller in Betracht kommenden Einzelheiten für alle Zukunft bewahren.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zu einer etwa halbstündigen Beratung zurück.

Landgerichts-Direktor Heidrich verkündet hierauf:

Der Gerichtshof ist zu einem unerwarteten und für ihn selbst

unangenehmen Beschluß

gelungen. Wir lehnen es ab, eine Verlegenheitsentscheidung zu fällen, die vielleicht darin gipfeln könnte, eine Strafe zu verhängen, die durch die Untersuchungsfrist aufzurechnen wäre. Wir sind verpflichtet, die materielle Wahrheit zu ermitteln. Wir dürfen uns an nichts binden, nicht nach rechts, nicht nach links, nicht nach oben

oder unten dabei stehen. Wir haben einfach unsere Pflicht zu thun. Die Verteidigung hat klug und sachgemäß keine Vertagung und keine Nachtagierung verlangt, wahrscheinlich in der Erwägung: der Gerichtshof kann auf dem bis jetzt vorgeführten Belastungsbeweis eine Verurteilung nicht aussprechen. Nun tritt an uns die Pflicht heran, uns zu fragen: Ist noch Beweismaterial vorhanden, wenn wir nicht in der Lage sind, auf Grund des vorhandenen Beweismaterials zu verurteilen? Das Gericht sieht sich nicht in der Lage, auf Grund des vorhandenen Beweismaterials zu verurteilen, aber auch nicht daraufhin freizusprechen. Und so kommen wir denn zu dem unerwünschten

Beschluß der Vertagung.

Bei diesem Beschluß tritt von selbst wieder die Frage hervor: Muß der Haftbefehl gegen Schulz und Romeid bestehen bleiben oder muß er aufgehoben werden? Auch bei dieser Frage leitet uns weder Gutnützigkeit, noch eine irgendwie leichtere Auffassung der Sache. Hätten wir auch Talent dazu — wir wären ja durch den Fall Kardentlöcher gerade ausreichend belehrt. Aber auch hierin thun wir einfach unsere Pflicht und nehmen einfach das Gesetz zur Hand und das Gesetz sagt: Der Angeklagte ist zu verhaften, wenn der Verdacht gegen ihn dringend ist. Ist der Verdacht bloß hinreichend, so darf ein Haftbefehl nicht erlassen werden, bezw. der Haftbefehl muß aufgehoben werden. Das Gericht hat folgenden Beschluß gefaßt: Das Gericht ist der Auffassung, daß die Vernehmung der Terrains nicht ohne weiteres als Spekulation, geschweige denn als eine Untreue aufgefaßt werden kann. Eine solche würde erst vorliegen, wenn die Angeklagten diese Hypothesen wissenschaftlich über den Wert der Terrains hinaus gegeben hätten. Die Entscheidung dieser Frage hängt davon ab, welche der verschiedenen in der Verhandlung vorgeführten Thesen die richtigen sind. Eine den Angeklagten unguünstige Entscheidung kann sich nur auf die Thesen der Revisionskommission stützen. Die Vernehmung der Mitglieder dieser Kommission hat aber noch

nicht genügendes Beweismaterial

erbracht, um ein abschließendes Urteil über ihre Schätzungen zu erlangen. Insbesondere fehlen dazu die Listen der Objekte, die von den Kommissionen geschätzt sind, deren Nachprüfung dem Gerichte und den Angeklagten füglich nicht vorenthalten werden kann. Aus den Vernehmungen der Kommissionsmitglieder hat sich ferner noch nicht mit Sicherheit feststellen lassen, welchen Wert die Kommissionen geschätzt haben, ob den Anderenkaufwert oder welchen andern. Schließlich kann auch der Umstand, daß die bisherigen Erfolge der Banken den Schätzungen der Bankenkommission recht gegeben haben, nicht für die Beurteilung allzu schwer ins Gewicht fallen, weil gerade nach den Beweis-erhebungen der letzten Tage die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Tagatoren sich mehrfach geirrt haben. Die Thesen der Bankenkommission bilden aber den Schlüssel zu fast allen Fragen, die in der Anklage enthalten sind; von ihnen hängt es ab, ob die Pommernbank und die Streifbank Schaden erlitten haben; mit ihrer Richtigkeit oder Unrichtigkeit stehen oder fallen die meisten Anklagepunkte.

Bei dieser Sachlage hat das Gericht beschlossen und verkündet, indem ich noch zugleich bemerke, daß der Verdacht, nachdem die Anklagebehauptungen diese Erschütterung erlitten haben, zwar noch als hinreichend begründet erscheint, nicht mehr aber als dringend, folgenden Beschluß:

1. Die Verhandlung wird vertagt.
2. Die Akten gehen der kgl. Staatsanwaltschaft zu mit dem Ersuchen, die Listen der von den beiden Kommissionen, besonders der Bankenkommission geschätzten Objekte und die sonstigen hierauf bezüglichen etwa auffindbaren Materialien herbeizuschaffen.
3. Nach Erledigung des Beschlusses oder nachdem sich die Unmöglichkeit der Erledigung ergeben hat, wird das Gericht Sachverständige ernennen, welche nach Instruktion durch das Gericht die Abschätzung der beanstandeten Pfandgrundstücke vornehmen sollen. Danach soll ein neuer Hauptverhandlungstermin anberaumt werden.

Der gegen die Angeklagten Schulz und Romeid erlassene Haftbefehl wird aufgehoben.

Lokales.

Verunglückte Simulationsdreherei.

Der Vorstand des Vereins freigewählter Kassenärzte macht bekannt: „Die Krankenzahl der bei der Orts-Kranken-kasse der Schneider und Schneiderinnen, bei der Fabrik-Kranken-kasse der „Union“ E.-A.-G. und bei der Allgemeinen Orts-Kranken-kasse der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen versicherten Kassennmitglieder hat in den letzten Wochen in ganz beträchtlichem Maße zugenommen. Wir ersuchen unsere Mitglieder aufs dringendste, bei Verschleimung der Erwerbsunfähigkeit mit der größten Gewissenhaftigkeit zu verfahren und unter sorgfältiger Behandlung der wirklich erkrankten Mitglieder jedem Simulationsversuche auf das strengste entgegenzutreten.“

Von einigen bürgerlichen Blättern, die diese Erklärung veröffentlichten, wird ihr ohne weiteres der Zusatz gegeben, unter den Kassenpatienten habe sich in der letzten Zeit die Zahl der Simulanten stark vermehrt. Die kassenärztliche Rundgebung hat es vermieden, in bestimmter Form zu behaupten, daß die eingetretene Vermehrung der Kassenpatienten zurückzuführen sei auf eine Vermehrung der Simulanten. Aber aus dem Wortlaut der Bekanntmachung kann allerdings gefolgert werden, daß bei den Kassenärzten und wahrscheinlich noch mehr bei den Kassenvorständen ein dahin gehender Verdacht rege geworden ist.

Es ist eine alte und bekannte Erscheinung, daß in der Zeit der Arbeitslosigkeit die Krankensichern vielfach steigen. Daraus ist aber keineswegs zu folgern, daß die Arbeitslosen und nun kaum Gemeldeten Simulanten sind. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen bleiben trotz selbst drohend auftretender Krankheitserscheinungen berufstätig, um, wie besonders in Saisonbranchen, den Arbeitsverdienst in den wenigen Wochen ununterbrochenen Geschäftsganges nicht einzubüßen. Erst bei eintretendem Arbeitsmangel oder nach erfolgter Entlassung begeben sie sich alsdann in die schon weit früher benötigte ärztliche Behandlung.

Kann es leider wahr, daß sich unter den Kassenmitgliedern auch Simulanten finden. Es giebt da in der That Menschen, der „nichts dabei finden kann“, wenn er bei geringen Erkrankungen seine Kasse über Gebühr in Anspruch nimmt oder gewissenlos sogar eine Erkrankung vortäuscht, um sich auf Kosten der Kasse einen Vorteil zu verschaffen. Aber ebenso wahr ist auf der andern Seite, daß es in den Vorständen der Krankenkassen Leute giebt, die in übertriebener Weise dazu neigen, bei den erkrankten Mitgliedern Simulation zu argwöhnen, und daß diese Neigung sich auch auf Kassenärzte überträgt. Für Patienten, denen man ihre Krankheit nicht sofort ansehen kann, ist solche Sucht, Simulation zu wittern, ein wahres Kreuz. Wehe dem Kranken, der einem Simulantenrisiko in die Hände fällt! Zu Ruh und Frommen aller mitkränklichen Kassenvorstände und überleitender Kassenärzte sowie zur Tröstung und Erleichterung aller unschuldig in den Verdacht der Simulation geratenen Kassenpatienten wollen wir den folgenden Fall von verunglückter Simulationsdreherei erzählen.

Ein Herr S., Mitglied der „Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse“, erkrankte Mitte April an einem Nervenleiden und wurde bis Ende Juni von dem Kassenarzt Dr. R. behandelt. Als Dr. R. die Kasse ausgab, vertraute sich S. dem Kassenarzt Dr. W. an. Dieser behandelte ihn noch eine Woche hindurch und schrieb ihn dann versuchsweise erwerbsfähig. Herr S. ging mehrere Tage seinem Beruf nach, merkte aber bald, daß seine Kräfte nicht ausreichten. Er meldete sich daher von neuem krank, suchte den Kassenarzt Dr. W. auf und wurde von dessen Vertreter Dr. V. erwerbsunfähig geschrieben. Als er am andren Tage nach der Kasse kam, nahm ihn der Nebant das von Dr. V. ausgestellte Zeugnis ab, schickte ihn zu erneuter Untersuchung zu Dr. Wagner, Rungstr. 10, und gab ihm einen verschlossenen Brief mit. Offenbar sah man S. als simulationsverdächtig an. Die Untersuchung wurde ausgeführt — Dr. W. ist, nebenbei bemerkt, für die „Neue Maschinenbauer-Krankenkasse“ nicht etwa Vertrauensarzt, sondern nur Kassenarzt — und S. erhielt von dem Arzt einen verschlossenen Brief an den Nebanten. Von diesem erhielt er das Ergebnis der Untersuchung; es lautete dahin, daß er erwerbsfähig sei. Somit war S. in 14 Tagen durch die Hände von vier Ärzten gegangen und war nach einander von dem einen als erwerbsunfähig angesehen, von dem andern versuchsweise erwerbsfähig geschrieben, von dem dritten wieder als erwerbsunfähig bezeichnet und von dem vierten wieder als erwerbsfähig erklärt worden.

Der Nebant ließ nun das Urteil des vierten Arztes gelten, und S. durfte nach Hause gehen mit dem Gedanken, daß man ihn wahrscheinlich für einen durch ärztliche Kunst entlarvten Simulanten halte. Da ihm das aber nicht paßte, so begab er sich nach ein paar Tagen ein zweites Mal zu Dr. W., um sich ein zweites Mal von ihm untersuchen zu lassen. Diesmal trat er vor den Arzt als Privatpatient hin, bezeichnete sich als Kaufmann, gab einen andern Namen und eine andre Wohnung an und gebrauchte außerdem die Vorsicht, sich mit gefärbtem, aufwärts gedrehtem Bart und ohne Perücke zu präsentieren. Dr. W. untersuchte ihn und — erklärte ihn für erwerbsunfähig. S. ließ sich hierüber ein Zeugnis ausstellen, auch erbat er sich über die als Honorar bezahlten 3 Mark eine Quittung. Von einem Bekannten, der ihn bis an die Thür des Sprechzimmers begleitet und dann auf ihn gewartet hatte, ließ er sich schriftlich bestätigen, daß wirklich er es war, den Dr. W. untersucht und dem Dr. W. bescheinigt hatte, daß er „an Nervenleiden leidet und zur Zeit nicht fähig ist, seinem Beruf nachzugehen“.

Der Unbeteiligte wird über das Mißgeschick, das dem Herrn Dr. Wagner da passiert ist, herzlich lachen. Dem hinter einander für erwerbsunfähig, erwerbsfähig, erwerbsunfähig und dann von ein und demselben bezw. erwerbsfähig und dennoch erwerbsunfähig erklärten S. ist das Lachen vergangen, als er den Arzt nach der zweiten Untersuchung verließ. Er hatte auch nicht die Absicht gehabt, den Arzt durch sich selber lächerlich zu machen, sondern es war ihm darum zu thun gewesen, den Verdacht der Simulation von sich abzuwälzen und der Kasse gegenüber sein Recht durchzusetzen. Das letztere ist ihm vorläufig allerdings nicht gelungen. Der Kassenvorstand hat von den einander widersprechenden Urteilen des Dr. W. das erste als maßgebend angesehen und das zweite sowie dasjenige seines Kollegen Dr. V. völlig ignoriert. S. wird sich nun an die Gewerbe-Deputation wenden.

Heinrich Jahn's f. Wieder hat der Allbezwinger Tod einen langjährig thätigen, fets opfermütigen Streiter aus unserer Mitte gerissen. Der Genosse Heinrich Jahn trat Ende der achtziger Jahre in unsere Parteibewegung ein. Gefaßt und gefaßt in Kämpfe unter dem Sozialistengesetz, hat er bis in die letzten Tage hinein, obwohl er seit mehr denn drei Jahren unter dem schweren Gesähd völliger Blindheit litt, in den vorderen Reihen der Partei gestanden. Sein Name wird in der Ehren-Tafel der Berliner Parteibewegung prägen.

Berechtigtes Aufsehen erregen wirklich die neuen „Fialer“ in Berlin und Vororten, umso mehr, als diese Gefährte bis jetzt erst in nur wenigen Exemplaren die landläufigen Verkehrsmittel zu ergängen und — zu vervollkommen bestimmt sind. Ausgezeichnet nimmt sich die zweirädrige Kutsche aus: Wohl verkehrte Welt, vorne sitzen die Fahrgäste, hinten auf dem erhöhten Vordriebe strout der „Wäldchen schwingende Roffeleister“ und „regiert“ von seinem hoch-erhabenen Standpunkte aus über den Köpfen seiner „Untergebenen“ hinweg das „Leitferd“ und das „Schiffal der Seinen“ — — —

Große Vorteile bieten entschieden diese „Ganfoms“ gegenüber den sonst beliebten Tagametern. Vor allen Dingen gemehen die Inassen bei Tage die wundervollste Kutsche auf alles was da kreucht und flucht in unbehindertester Weise, und so kann es denselben nie an anregendsten Stoffe zur Unterhaltung fehlen, der sonst manchmal nur zu oft bei längerer Fahrt auszugehen pflegt. Außerdem ist das Fahren an und für sich schon deshalb ein höherer Genuß, weil der Wagen, nur auf einer Ase und auf tadellosen Federn gelagert, auf mit Gummireifen versehenen Nädern viel ruhiger fährt.

Auch was die Verkehrssicherheit betrifft, so gewähren die Ganfoms auch ganz bedeutende Vorteile: Durch die leichtere Bauart und die verbesserte Beweglichkeit ist es viel leichter, in schwierigeren Fällen ausweichen zu können — und damit ist eine erhöhte Verkehrssicherheit gegeben. Auch dadurch, daß die Fahrgäste vorn sitzen, ist die Möglichkeit gegeben, insofern ein Unfall zu verhüten, als mehrere Personen entschieden mehr sehen als nur die sonst gewöhnlich geübten Augen des Kutschers und gegebenenfalls bei zu schneller Fahrt im Anblick der Gefahr dem Kutscher in die Fägel fallen können.

Aber mögen viele diese Prachtstücke, besonders wo sie noch neu sind — neue Wesen lehren gut —, auch bewundern und sich in denselben vorerst anstaunen lassen, das eine ist sicher — mit Wohlgefallen sehen die Droschkentücher gewöhnlich auf diese „unsagbaren Karren“ hinauf, die ihnen energisch Konkurrenz bieten und ihr Brot schmälern, und werden ganz bestimmt keine heißen Gebete zum Herrn emporsteigen lassen, daß er diese „versch... Risten“ wachsen und gedeihen lassen möge.

Auch mancher Bierbesessene, der zur Reizzeit in den Kassen sonst seiner Besinnung zuschlummern möchte, wird die Gefährte der „guten alten Zeit“ vorziehen. Und ganz gewiß wird jetzt der Taxameter in den Augen aller Sorten Verhältnisse ein erhöhtes Ansehen gewinnen, als dieselben es viel angenehmer empfinden, wenn der Kutscher mit Pferd trauerlos dahinfährt und die Fahrgäste direkt ohne Kontrolle ihren eignen Träumen nachhängen läßt. — Was bei den Ganfoms gewöhnlich manchmal nicht auch ohne Gefahr für die Seelenruhe des Kutschers sein dürfte. . . .

So hat auch die neue Einrichtung — wie jedes andre Ding — seine angenehmen Licht- und unlieblichen Schattenseiten, und dazu gehört auch zuguterletzt der Nebelstand, daß diese Wagen einen englischen Namen führen.

Es wird jedoch nicht lange dauern, bis der bekante treffliche „Berliner Volkswitz“ hierin sein entscheidendes Wort reden und einen bezeichnenden und trefflichen Namen hierfür „schaffen“ wird.

Reuben-Statistik. Die Zahl der als gebrauchsfertig abgenommenen Neubauten belief sich in Berlin im ersten Vierteljahr 1903

Eingegangene Druckschriften.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Dieb Verlag) ist ferner das 42. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Landwirtsch. und Industrie. Kritische Betrachtungen zu Eduard Davids Agrarwerk. Von Ludwig Quastel. II. - Literaturproduktion und Fuderpreise. Von Paul Venzl. - Zur materialistischen Geschichtsauffassung. Von Max Zetterbaum. II. - Deren Luthers Nachlass. - Literarische Rundschau: Dr. Hermann Bed. Kochs und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Maschinenindustrie am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts. Von J. Gorman. Prof. Dr. Franz Binzheid, Aufgaben und Grundzüge des Arztes bei der Begutachtung von Unfallverletzten. Dr. Bernhard Harms, Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Buchbinderei in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts.

Die 'Neue Zeit' erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Preisliste der Postämter ist die 'Neue Zeit' unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der in seinem 28. Jahrgang vorliegende 'Neue Welt-Kalender für das Jahr 1904' (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer u. Co.) enthält u. a.: Kalenderium. - Volkswesen. - Statistische Schätze. - Reisen und Räte. - Im Kreislauf des Jahres. - In der Landwirtschaft. - Erzählung von Robert Schweißel (mit Illustrationen). - Feuerberge und Erdschütterungen. Von Oswald Köhler (mit Illustrationen). - Geistesleben im Kleinen. Von Curt Großewitz. - Sprüche. - Margarete. Gedicht von Ernst Brezanga. - Die Bahnsteigszene. Eine Kleinabgesandte von Emil Rosenow (mit Illustrationen). - Die Fußpflege. Von Dr. F. Radel (mit Illustrationen). - Hundert Jahre Volkswirtschaft. Von A. Conrath. - Erste. Gedicht von Dorothee Goebeler. - Halsperren und Stauwerke. Von A. G. (mit Illustrationen). - Vor dem Ausnahmegericht. Von Fr. J. Ehrhart. - Raben. Skizze von Wilhelm Schmidt. - Umre Toden (mit Portraits). - Sprüche. - Steinklober. Gedicht von Ludwig Leffler. - Liegende Blätter. - Ein gutes Gedicht. Dummorose von Tina Hehl. - Für unsere Käseesser. - Fröhlichkeit und Bräutertender. - Hierzu vier Kupfer. - Es war einmal. - Im Waldhause. - Abend. - An einem märchenhaften Waldsee. - Ein Drollardendruck auf Kunstdruckpapier: Kohlenlamellen. - Ein Wandkalender.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin). Versammlung abends 8 1/2 Uhr in Wendts Klubhaus, Rindgasse 11a.

Verband der Freizeithelfer Deutschlands, Zweigverein Berlin. Mittwoch, den 22. Juli, abends 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei W. Pfeffer, Rosenballestr. 57.

Centralverband der Konditoren und verwandter Berufe. Heute abend 8 1/2 Uhr im Verbandshaus, Linienstr. 96: Mitglieder-Versammlung. Gäste willkommen.

Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung in den 'Arminhallen', Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Aberhof. Ihre Frage ist im Briefkasten nicht erschöpfend zu beantworten. Sprechen Sie gelegentlich einmal auf der Redaktion vor, damit wir Ihnen die Technik des Verfahrens mündlich auseinandersetzen können. Fleisch. Der Bundesrat hat auf Grund des Fleischbeschau-Gesetzes Beschlüsse gefasst. Zuständig ist das Polizeipräsidium, wenden Sie sich an dieses.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

A. M. 101. Sie müssen sich Konzeption für das Land erteilen lassen oder dem Verein vorher hier aus. Im Ganzen verkaufen und ihm überlassen, dies auf dem Festplatz zur Ausgabe gelangen zu lassen. - A. M. 1. und 2. Ja. 3. Nein, der Eigentümer muss intervenieren. 4. Die Frist zur Reklamation ist längst abgelaufen. Beantragen Sie beim Magistrat, Steuerdeputation, Wiedererlegung oder Stundung. - J. M. 93. Nein. - G. 100. Nur mit Einwilligung der Aemterdirektion. - A. M. 65. Ihre Kündigung bezieht sich auf die Kündigung der Aemterdirektion. - G. M. 49. Einspruch wäre fruchtlos. - C. 2. Juvaldenstrafe. 1. Ja. 2. Nein. - J. M. 101. Leider ist die Herrschaft im Rechte. - Segert. Sie können auf Befreiung Ihrer Besitzung und auf Schadenersatz klagen. - G. M. 18. Soweit ohne nähere Verlegung ersichtlich: nein. - Appelerstrafe. Den Wirtshalter ja, die 8 Mark Gehalt nicht. - A. M. 100. Nein: er hatte nur das Geldstück zurückzugeben. - A. 2. Sie können ein Gesuch um Ratensatzungen an das Gericht richten. Das auf die Geldstrafe bezügliche wird meist abgelehnt, das andere genehmigt.

A. B. Wenn Sie, ohne Schankkonzession zu haben, bilden, daß die Käufer des Bieres oder des Schnapses in Ihren Räumen trinken, so setzen Sie sich der Gefahr aus, wegen Betriebes einer Schankwirtschaft ohne Schankkonzession mit 100 M. Geldstrafe oder mit 3 bis 6 Monaten Gefängnis bestraft zu werden. - G. M. Charlottenburg. Ein Spiel für ein weiches Testament finden Sie S. 238 Nr. 55 bis 57 des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. - R. C. Wenn Sie Ihre Staatsangehörigkeit durch Darlegung der Umstände nach und beantragen Erteilung einer Befreiung. - G. 41. 1. Ja. 2. Leider bestehen dem entgegenstehende Vorschriften nicht. - Unfallfrage. Bei Renten bis 15 Proz. kann eine Abfindung stattfinden, wenn man sich über die Höhe derselben einigt. - V. A. Der Mann kann die Sachen einbehalten. Testamentserblich sind Sie. - Hohenwiel. Nach der Rechtsprechung ist die Kasse nur zum Ertrag mäßiger Kosten (10 M.) verpfändet. - A. M. 1. Ja. 2. Sie können nur auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens klagen. 3. Nein. 4. Für diesen Rechtsfall werden Sie voraussichtlich Gefängnisstrafe erhalten. Sie sind keineswegs berechtigt, Ihre Frau zu schlagen. 5. Ja. 6. Nein. 7. Etwa ein Jahr. - Wilmersdorf. 1. Ja. 2. Nein. Ist die Braut über 21 Jahre alt, so bedarf sie keiner elterlichen Heiratsverlaubnis. - Rentnerpoker. Vorn darf Ihnen nicht abgezogen werden. Ob Sie die Scheibe bezahlen müssen, hängt davon ab, ob der Richter annimmt, Ihnen falls ein Verschulden zur Last. Die Befreiung ist nachprüfbar. Ob die Scheibe verpfändet war oder nicht, ist unerheblich. - P. D. 1874. 1. Das ist strafbar. Sie brauchen der Firma aber nicht mitteilen, was Sie getan haben. 2. Erst muß die Abzahlungsfirma klagen.

- Franz R. Gollnow. Die einschlägige Bestimmung über Doppelversicherung lautet: Raftensversicherer, welche gleichzeitig anderweitig gegen Krankheit versichert sind, ist das Krankengeld soweit zu kürzen, als dasselbe zusammen mit dem aus anderer Versicherung bezogenen Krankengeld den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohns übersteigen würde. Durch das Krankenstatut kann diese Kürzung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden. - W. B. 38. Lohnzahlungsänderer sind seit dem 1. April 1903 für die Betriebe eingeführt, in denen die Anfertigung oder Bearbeitung von Wägen- und Anbauelementen (Räder, Rollen, Wellen, Wälzlager und dergleichen), Frauen- und Kinderkleidung (Mäntel, Kleider, Umhänge und dergleichen) sowie von weicher und bunter Wäsche im großen erfolgt (Kleider- und Wäscheindustrie). In die Lohnsätze, die für alle, nicht nur für minderjährige, Arbeiter zu führen sind, sind die Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Accordarbeit die Stückzahl, die Lohnsätze, die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu übertragenden Arbeiten, und die Bedingungen für die Gewährung von Kost und Wohnung einzutragen, sofern Kost oder Wohnung als Lohn oder als Teil des Lohnes gewährt werden sollen. Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften zieht Geldstrafe bis 20 M., eventuell Haft bis zu drei Tagen nach sich. Die Eintragungen sind mit Tinte zu bewirken und von dem Arbeitgeber oder dem dazu befähigten Betriebsleiter zu unterzeichnen. Verletzungen hiergegen sowie Eintragungen in das Lohnbuch zur Kennzeichnung des Inhabers oder Eintragungen eines Urteils über die Führung oder die Leistungen des Arbeiters oder sonstige Eintragungen, die nicht vorgesehen sind, sind mit Geldstrafe bis 2000 M. oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bedroht. Die Lohnzahlungsbücher erhalten Sie in diesen Papierhandlungen. - 100. Ja. - A. S. 100. Nein. - Streitfrage. Um zur Stadterordneten- oder zur Landtagswahl wählen zu können, müssen Sie vorher Ihre Aufnahme in den preussischen Staatsverband nachgesucht und erhalten haben. Durch Aufnahme in den preussischen Staatsverband verlieren Sie Ihre teilsächliche oder sächsische oder sonstige Staatszugehörigkeit nicht. - Wahl. 1. und 2. Nein.

Witterungsübersicht vom 21. Juli 1903, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. Rows include Epinende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 22. Juli 1903. Trocken und ziemlich heiter, etwas wärmer bei schwachen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 22. Juli. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues Operntheater. Doccaccio. Westen. 100 000 Thaler. Anfang 8 Uhr: Berliner. Die weiße Dame. Thalia. Das Alter. Belle-Alliance. Die Böhmin, oder: Itta aus dem Elend. Carl Weisk. Das Geheimnis des roten Hauses. Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten. Metropol. Neues! Unerkennbar! Reichshallen. Gastspiel von Winter-Tymian. Passage-Theater. Spezialitäten. Urania. Taubenstrasse 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62. Neu! Die zusammen-gewachsenen Neuesten! Schwestern, zwanzig Jahre alt spielen Geige!

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132. Abends 8 Uhr: Das Geheimnis des roten Hauses. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonnabends 3 Uhr, Parfett 60 Pf.: Die Grille. Im Garten: Große Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Gastspiel des Beherwald-Theaters Die Waldler. 30 Personen. Die Böhmin oder Itta aus dem Elend. Im herrlichen Sommergarten: Konzert, Spezialitäten-Vorstellung. Aga überflügelt durch Ad-Ad. Entree 50 Pf.

Apollo-Theater.

Wiederauftreten von Robert Steidl. Täglich: Die Liebes-Insel mit dem sensationellen Post-Ballett. George Oranis Burleske-Pantomime. Der Kosmogon: Rene Serie.

Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison! Zum 19. Male: Neuestes! Allerneuestes! Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr. - Rauchen überall gestattet. - Königstadt-Kasino. Polzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Tägl. Im herrl. Garten: Tägl. Grossart. Programm. Ely Deliasey, Eugen Millardo, Bonnet-Trio, Miss Bella Field, Dettmar u. Margarit, Rud. Schaupt. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: Taus. Anfang 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstr. 165. Neu! Die zusammen-gewachsenen Neuesten! Schwestern, zwanzig Jahre alt spielen Geige!

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. Die Tritons. Tauch- und Schwimmkünstler, 5 Minuten unter Wasser. Lina Goltz, Vortrags-künstlerin. Kinematograph: Das Gordon-Bonnet Automobil-Rennen. Ganz Berlin zerbricht sich schon den sechsten Monat den Kopf über AGA! 14 erstklassige Nummern.

Sanssouci.

Täglich im Garten: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Anfang: Sonntags Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr. Wochentags Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr. Sonnt., Mont., u. Donnerst. nach der Solire: Tanz.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58. Täglich: Vollständig neues Programm. Revü! Revü! Verbotene Wege. Volksstück mit Gesang in 2 Akten von Hans Müller. Anfang 4 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: Doppel-Konzert. Entree 1 M., ab 5 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. 8 1/2 Uhr: Im Hause der Irrungen. Vorher: Ein bengalischer Tiger. Anfang 6 Uhr. Kaffeeische von 3 Uhr ab. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Jeden Tag: Konzert des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara. Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.

Schweizer-Garten

am Königsplatz, am Friederichshain. Täglich: Theater und Artisten-Vorstellung, Ball und Voltabelustigungen. Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf. Zum erstenmal in Berlin: Die lebende Mühle. Sensationsgymnastik der Familie Szemanovicz. Abends 10 Uhr: Die Amazonengarde. Knusperkuchen-Diö m. Gel. in 2 Bildern.

Fröhels Allerlei-Theater

früher Puhmann. Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Grosser Elite-Abend. Großer Erfolg des merkwürdig dastehenden riesengroßen Juli-Spielplans. Hugo Schnitz x Fredoff Koffke x Roscardi-Truppe The Firm x Starlings Gibelet-Truppe. Um 8 Uhr: Braulender Beifall über das bis jetzt unerreichte Gelangs-Vollstück Licht und Schatten mit Arthur Winkler vom Thalia-Theater als Gast. Im Saale: Grosser Ball. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Am 1. August: Arthur Winkler-Benefiz.

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69. Für Radfahrer! Radfahrerkarten von Berlin mit Angabe der Art des Strassenpflasters, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. 50 Pf. Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Rüterberg, von Genthin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand aufgezogen, in Karton 1,75 M. Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Beschaffenheit der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meere, Steigungen etc., in kleinem Format, aufgezogen, in Karton, jede Section 1,50 M.

Reichshallen

Nur bis 31. Juli! Gastspiel Winter-Tymian mit seiner Gesellschaft. Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Sonnabend, 1. August: Wiederbeginn der Solire der Stettiner Sänger.

Prater-Theater

Kastanienallee 7-9. Direktion: H. Kalbo. Täglich: Johanniszauber. Operetten u. Burleske in 4 Bildern von D. Gerike. Konzert und Ball. U. a.: Georgotta Langbe, Excentric-Chansonette, Resops, Tom Jongleur. Neu! The Berlings, Neu! die singende Ruffler. Schröder u. Doster ??? Offenstreich, große Pantomime der Solire-Truppe. Anfang 4 Uhr. Entr. 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station). Ob schön! Ob Regen! Täglich das unerreichte Riesen-Juli-Programm! Gontaro Kikuta, Amanda Harold, Hedwig Mora. Die vier Vollmers. The Ryrans, Elsa & Paul Jescheck, Duskes Bioskop u. m. Sonnt., Sonntag, Montag: Tanz. Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

größte Auswahl in in- u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider etc., werden unter Garantie des guten Sines zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Josef Fischer

Ostbahnhof, Brombergstr. 19/21 verkauft die Kohlen am billigsten als seinem Lagerplatz. Bon 10 U. an 1 U. Danja Halbsteine nur 60 Pf. 1 U. Senftenberger Bricketts 6-7 U. Soll nur 65 Pf. 1 U. ekt. Senftenberger, Denfels Werke, 7 U. nur 75 Pf. Bessere Kohlen als letztere gibt es nicht, mag der Name der Bricketts sein, wie er will. Unter 10 U. pro U. 5 Pf. frei Haus, in den Keller 10 Pf. der Centner mehr. 50 Handwagen verliche zur Kohle a 10 Pf. 14582*

Herren-Moden

elegante Ausführung geringe Teilzahlung J. Kurzberg, Neue Königstr. 47 direkt am Alexanderplatz.

Hasenheide Neue Welt Arnold Scholz.

Mittwoch, den 22. Juli 1903: Grosses Ernte-Fest verb. mit Bonbonregen, Fackelpalast und Gratis-Verlosung. Hauptgewinn für Knaben: ein silb. Romantour-Uhr. Hauptgewinn für Mädchen: eine goldene Damen-Uhr. Spezialitäten-Vorstellung. Der Teufel in der Küche. Grosse Pantomime. Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Kaffeeische, 3 Kegelbahnen, Sennhütte, Alpen-Rutschbahn. Morgen, Donnerstag: Riesen-Feuerwerk.

Max Klien's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Milbta. Täglich: Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochlegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc. In den Sälen: Familien-Kränzchen.

Schloss Weissensee.

Zum Sternecker, Inhaber: C. Koch. Täglich: Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung. Riesenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: GROSSER BALL. Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch: GROSSES KINDERFEST mit Gratis-Verlosung. Jeden Donnerstag: GROSSES MONTE-ELITE-FEUERWERK u. Doppelkonzert. Jeden Sonntag: GROSSES DOPEL-KONZERT. Kaffeeische. - Voltabelustigungen aller Art.

Extra-Dampferfahrt mit Musik nach Erkner, Brodis Gesellschaftshaus a. Dameritz-See

heute, Mittwoch, den 22. Juli. Abfahrt nachmittags 2 1/2 Uhr von Station Knyphausen, Brandenburg Ufer, zwischen Hallen- und Jannow-Brücke. Abfahrt von Erkner 8 abends. Ankunft in Berlin gegen 10 Uhr abends. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf. Im Juli und August sind noch Sonnabende und Sonntage an Vereinen zu vergeben.

Verlosungsartikel

zu Landpartien, für Vereine, Gesellschaften etc., überraschende Neuheiten, sowie Lampen, Stocklaternen, Papiermützen, Fahnen, Wimpeln, Girlanden, Radanfassen, Scherze und Präsente jeder Art spottbillig im Engros-Geschäft L. H. Gotthilf, Alte Jakobstrasse 93, an der Seydelstrasse. 19482*

Dur Probe! Beste Kaffeemesser der Welt!

empf. gegen Nachnahme od. vorh. Kassa. Sehr Haumesfahr, Lohr, Solingen, Stahlwarenfabrik und Berlin. Diamantstahl-Kaffeemesser Nr. 2. - best. Silberstahl best. mit Ent. - Streichmesser mit Falte 1.30. Beste u. Kapf. 0.50. Seite 0.25. Whysstein 0.25. Komp. Kaffeegarnitur in seinem Gut 0.80. Katalog mit über 2000 Gegenständen, wie: Messer, Scheren, Seilen, Nadeln, Leder, Gold- u. Silberwaren, erhält jeder franco. umsonst. Bitte zu verlangen. Für Wiederverkäufer beste Vergünstigung. Nachdruck verboten.

Dr. Simmel, Prinzstr. 41. Haut- und Hornleiden.

Spezialarzt für 1817* 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

